





Wahlen 2002

3 Editorial  
Strasse oder Leben

✚ 11 SGA/Parteilose Baar  
Die Linke:  
gemeinsam stark

21 Arbeitsrechtliche Streitigkeiten  
Guter Start der neuen  
Schlichtungsstelle

4 Interview Serge Gaillard  
«Den Finanzausgleich im  
engen Sinne unterstütze  
ich»

✚ 12 Kritisches Forum Cham  
Jetzt wird wieder in die  
Hände gespuckt

22 Schulwesen  
Für eine nachhaltige  
Bildungspolitik



✚ 14 Gleis 3 Risch-Rotkreuz  
Engagierte Familienfrau  
für den Gemeinderat

24 Schächtverbots-Initiativen  
Tierliebe und Judenhass

15 Gleis 3: Rücktritt Anne Ithen  
«Trotz meiner Demission  
bleibe ich ein politischer  
Mensch»

25 Islam in Zug  
Integration statt Vorurteile

✚ 6 Nomination Regierungsrat  
RotGrün findet statt

✚ 16 Frische Brise Steinhausen  
Als Oppositionskraft  
bewährt



✚ 7 SGA/Parteilose Stadt Zug  
Starke Linke ist wichtiger  
denn je

✚ 17 Forum Oberägeri  
Zwei Neue für den  
Kantonsrat



✚ 18 Freie Wähler Menzingen  
«Lösungen miteinander su-  
chen, zuhören, aufeinander  
eingehen»

26 Referendum  
Elektrizitätsmarktgesetz  
Abstimmung  
mit Signalwirkung

✚ 8 Interview Anna Lustenberger  
und Marianne Zehnder  
«In vier Jahren kann einiges  
realisiert werden!»

19 Kantonsrat  
Erfolge und Misserfolge

20 1.-Mai-Fest im  
Zeichen der Solidarität  
Die Bilder

28 Serviceteil  
Buch  
Zuger Open-Air-Kino  
Frontal  
Veranstaltungen  
Integrationsnetz  
Impressum

# Strasse oder Leben

*Ist es der Gewöhnungseffekt? Resignation? Oder Gleichgültigkeit? Bei der Niederschrift dieser Zeilen leiden wieder einmal viele Zugerinnen und Zuger unter Ozonwerten weit über der Alarmgrenze. Wie jeden Sommer, wenn es heiss wird und die Atmosphäre «stimmt».*



*Der Grund dafür ist bekannt: die Abgase des motorisierten Individualverkehrs. Bekannt ist auch, was in einer solchen Ozon-Situation zu unterlassen ist: körperliche Anstrengungen.*

*Da werde ich nicht nur von der Hitze rot, sondern auch aus Zorn: ausgerechnet diejenigen VerkehrsteilnehmerInnen, welche überhaupt keine Schuld am Ozonklima haben, leiden am meisten: die VelofahrerInnen und ganz besonders die kleinen VelobesitzerInnen! Denn bekannt ist inzwischen auch, dass die Kinder am meisten unter giftbelasteter Luft leiden. Die Atemwegserkrankungen nehmen seit längerer Zeit ständig zu. Es gibt Mütter, die ihre Kinder wegen der hohen Ozonwerte mit dem Auto (!) zur Schule bringen.*

*Bekannt ist auch, was zu tun wäre: weniger Autos, mehr zu Fuss, mehr Velos, mehr Stadtbahn statt Dieselbusse, mehr öffentlicher Verkehr überhaupt.*

*In den letzten Jahren hat sich hier einiges getan: das Velowegnetz wurde ausgebaut, 2004 rollt die erste Etappe der Stadtbahn, das unsinnige Mega-*

*projekt der Umfahrungen Zug-Baar wurde beendet.*

*Aber auch beim Autoverkehr hat sich etwas getan – in die falsche Richtung: der Fahrzeugbestand wächst seit Jahren ungebremst, es werden ungehindert Parkplätze gebaut. So haben wir inzwischen in der Stadt Zug 28'000 Parkplätze für 23'000 EinwohnerInnen! Und mit der geplanten neuen Nordzufahrt wird das faktische Moratorium für Strassengrossbauten beendet – auf Kosten eines Wohnquartiers (Gartenstadt), wenn nicht noch eine vernünftiger Linienführung durchgesetzt werden kann.*

*Bei der Lektüre des neuen Teilrichtplanes (TRP) Verkehr, der kurz nach Erscheinen dieses BULLETINS zur ersten Lesung in den Kantonsrat kommen wird, wird mein Kopf noch röter.*

*Da wird ein Verkehrskonzept vorgeschlagen, welches das Verkehrswachstum einfach als gottgegeben hinnimmt. Kein Hinweis darauf, dass die siedlerische Entflechtung von Arbeiten und Wohnen verantwortlich für dieses Wachstum ist. Eine siedlerische Ent-*

*flechtung, welche das neue Raumordnungskonzept (ROK) zu allem Elend auch noch fördern will. Arbeiten in der Ebene – Wohnen am Berg.*

*Noch schlimmer: der eh schon ungünstige «modal split» (das Verhältnis zwischen motorisiertem Individualverkehr und öffentlichem Verkehr) soll sich gemäss TRP nochmals zu Ungunsten des ö. V. verschieben!*

*Kein Wunder, sollen doch für fast anderthalb Milliarden neue Strassen gebaut werden! Strassen für Autos, nicht für Velos. Für den ö. V. bleiben gut zwei Drittel, wenn korrekt gerechnet wird (der Kanton bezieht in seine Aufstellung fast eine Milliarde an Bundesgeldern für SBB-Tunnels in seiner Kostenaufstellung mit ein – ein Bauerntrick).*

*Und wenn wir dann 35'000 Parkplätze haben werden und die Lorzenebene zugepflastert sein wird, haben sie vielleicht eine ozonresistente Menschenart gezüchtet. Anders würde es hier im Sommer nicht mehr auszuhalten sein.*

*Es geht also buchstäblich um «Strasse oder Leben»!*

*Weil ich nicht will, dass es soweit kommt, kandidiere ich im Herbst für den Grossen Gemeinderat in der Stadt Zug. Und hoffe auf viele Listestimmen für die politische Kraft, welche das verhindern will und hoffentlich kann.*

*Astrid Estermann, Präsidentin der IG Velo Zug und Kandidatin von SGA/Parteilose für den GGR Zug.*

# «Den Finanzausgleich im engen Sinne unterstütze ich»

**Der geschäftsführende Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB, Serge Gaillard, sprach anfangs Juni am VPOD-Abend zu «Rezession» und anderen Themen. Das BULLETIN befragte Gaillard zur SGB, zu Löhnen und Steuern sowie zum Neuen Finanzausgleich.**

**Interview Martin Stuber  
Bild Daniel Frischherz, ZP**

**BULLETIN:** Serge, was macht der «geschäftsführende Sekretär» des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes?

**Serge Gaillard:** Ich leite das Sekretariat des SGB. Unsere Aufgabe besteht einerseits darin, im Interesse unserer Mitglieder Einfluss zu nehmen auf die Bundespolitik. Zusätzlich führen wir bei Bedarf Abstimmungskampagnen. Und wir koordinieren gewisse Aktivitäten unserer Verbände. Im Sekretariat arbeiten rund 20 Personen, für die eigentliche Lobbyarbeit in Bern sind jedoch nur knapp 600 Stellenprozent verfügbar. Ich selber bin für die Wirtschaftspolitik des SGB und die Arbeitslosenversicherung zuständig.

**«Wenn wir im Parlament etwas durchbringen wollen, genügt die Unterstützung durch die SP und die Grünen nicht.»**

**BULLETIN:** Was habt ihr in der laufenden Legislatur erreicht?

**Serge Gaillard:** Der grösste Erfolg war sicher die Durchsetzung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit. Jetzt müssen diese aber noch umgesetzt werden. Stark beschäftigt haben uns wieder die Sozialversicherungen: Leider sind wir bei der AHV noch nicht am Ziel. Es ist uns noch nicht gelungen, eine gute Flexibilisierungslösung durchzusetzen. Bei der Revision

des Gesetzes über die zweite Säule sind wir jedoch auf gutem Weg: Kleinverdiener und vor allem Kleinverdienerinnen sollen in Zukunft auch von Beiträgen an die zweite Säule profitieren können.

**BULLETIN:** Aha – aber da hatte die durchschnittliche Zeitungsläserin vor allem den Eindruck, das sei das Werk der freisinnigen Egerszegi?

**Serge Gaillard:** Wenn wir im Parlament etwas durchbringen wollen, genügt die Unterstützung durch die SP und die Grünen nicht. Wir brauchen immer auch noch eine der drei grossen bürgerlichen Parteien. Bei der zweiten Säule entstand eine gute parteiübergreifende Zusammenarbeit. Die Hintergrundarbeit wurde zum grossen Teil beim SGB geleistet. Insbesondere Colette Nova – sie ist bei uns für die Altersvorsorge zuständig – hatte in dieser Revision einen massgeblichen Einfluss.

**BULLETIN:** Wo wart oder seid ihr in der Offensive?

**Serge Gaillard:** Unsere Mindestlohnkampagne hat für Zehntausende von Personen die Lebenslage deutlich verbessert. 1998 erkannten wir, wie gross die Gefahr ist, dass der Wirtschaftsaufschwung an den tiefen Einkommen völlig spurlos vorbeigehen könnte. Daraufhin lancierten wir die Mindestlohn-Kampagne – mit grossem Erfolg. Im Gastgewerbe und bei Migros und COOP werden bis im Jahr 2003 alle Mindestlöhne auf ein Niveau über 3000 Franken angehoben, in vielen Industriebranchen auch. Generell hat der SGB dazu beigetragen, dass die Zusammenarbeit der Verbände in Lohnfragen verbessert wurde.

**BULLETIN:** Aber an anderen Fronten drohen massive «Einbrüche», wie in der Steuerfrage.

**Serge Gaillard:** Tatsächlich. Wir hatten noch nie ein so unsoziales Parlament in Bern wie in dieser Legislatur. Die vorge-

sehene Steuerrevision will Ehepaare mit hohem Einkommen massiv entlasten, geplant ist zusätzlich eine Entlastung von Unternehmungen und von Hauseigentümern. Gleichzeitig sollen weiterhin indirekte Steuern erhöht werden. Die laufenden Revisionen entlasten alle die gut Betuchten und belasten untere und mittlere Einkommen.

**BULLETIN:** Die SVP und FDP wollen die indirekten Abgaben erhöhen?

**Serge Gaillard:** Die Rechnung ist einfach: Jetzt sollen die direkten Steuern gesenkt werden, spätere Finanz-Engpässe sollen durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer behoben werden. Zur Zeit geschieht das auf eine perfide Art. Für die Finanzierung der Invalidenversicherung soll ein Mehrwertsteuerprozent erhoben werden. Das ist nötig. Die FDP und Bundesrat Villiger wollen aber drei Achtel des Ertrags (rund 750 Millionen Franken) in die Bundeskasse abzweigen. Auf diese Art wird das Mehrwertsteuerprozent zur Finanzierung der Senkung der direkten Bundessteuer verwendet.

## Serge Gaillard

Geb. 1955, Dr. oec. publ., verheiratet, 2 Kinder; wohnhaft in Bolligen BE.

Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETHZ, verantwortlich für Konjunkturprognosen und Arbeitsmarktfragen. Mitarbeit und Leitung von zahlreichen Forschungsprojekten zu Arbeitsmarktfragen und zur Entwicklung der schweizerischen Wirtschaft.

**Seit 1.2.1993:** Geschäftsführender Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB). Zuständig für die schweizerische Wirtschaftspolitik.

**Seit 1.2.2002:** Leitung des SGB-Sekretariates.



**Gewerkschaftssekretär Serge Gaillard: «Genau so wie eine falsche Geldpolitik Arbeitslosigkeit produziert, kann eine gute Geldpolitik die Arbeitslosigkeit bekämpfen.»**

**BULLETIN:** Aber es ist doch eine Tatsache, dass die Leute nicht gerne Steuern zahlen?

**Serge Gaillard:** Ja, das hat aber auch seine Gründe. In den 90-er Jahren wurden unzählige Gebühren und indirekte Steuern erhöht (Mehrwertsteuer, Benzinsteuern). Dazu kam die Belastung mit den Kopfprämien für die Krankenkassen. Diese Abgaben haben vor allem Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen belastet. Gemäss unseren Berechnungen ist der Anteil der Einkommen, über den frei verfügt werden kann, nachdem alle Steuern, Abgaben und die Miete bezahlt worden ist, für die untere Einkommenshälfte deutlich gesunken, fast nicht aber für die obere. Die «Abgabenquote» ist also für untere und mittlere Einkommen gestiegen, kaum für hohe.

**BULLETIN:** Du hast hier in Zug zur Wirtschaftslage referiert. Derzeit haben wir wieder einen zu hohen Frankenkurs, von dem eigentlich nur die Banken profitieren während zum Beispiel die Exportindustrie darunter leidet. Wäre es nicht besser, wir würden den Euro auch einführen?

**Serge Gaillard:** Jetzt sicher nicht. Die Zinsen würden sofort um mindestens 2 Prozent steigen, die Hypothekarzinsen sogar noch mehr. Eine Rezession in der Bauindustrie wäre die sichere Folge. Aber die Nationalbank, die in den letzten Jahren eine gute Geldpolitik geführt hat, muss entschiedener als bisher die Fran-

kenstärke gegenüber dem Euro bekämpfen. Grundsätzlich ist es aber gefährlich, die Autonomie über die Geldpolitik abzugeben. Ohne eigenständige Geldpolitik gibt es auch keine eigenständige Konjunkturpolitik.

**«Unsere Mindestlohnkampagne hat für Zehntausende von Personen die Lebenslage deutlich verbessert.»**

**BULLETIN:** Aber der SGB hat doch selber in einer Studie nachgewiesen, dass die Nationalbank mit ihrer Währungspolitik für die tiefe und lange Rezession der 90-er Jahre mitverantwortlich ist?

**Serge Gaillard:** Richtig. Genau so wie eine falsche Geldpolitik Arbeitslosigkeit produziert, kann eine gute Geldpolitik die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Dass die Nationalbank 1991 bis 1996 eine extrem monetaristische Geldpolitik betrieben hatte, ist keine Grund, alle Kompetenzen nach Frankfurt abzugeben. Heute ist die Politik besser, jetzt muss die SNB nur entschiedener als bisher die Überbewertung des Frankens gegenüber dem Euro bekämpfen.

**BULLETIN:** Vom Euro zurück in die Niederungen kantonaler Politik. Was erwartest du als national tätiger Gewerkschafter von linken und alternativen Kräften in den Kantonen?

**Serge Gaillard:** Die Krankenkassenprämien müssen für alle Haushalte mit tiefen und mittleren Prämien verringert

werden, insbesondere für Familien. Mindestens sind alle Bundessubventionen für diesen Zweck abzuholen. Die Volksschule muss garantieren, dass alle Jugendlichen den Anschluss an eine berufliche Ausbildung schaffen. Dazu sind auch die Integrationsanstrengungen für eingewanderte Jugendliche oder Kinder von Immigranten zu verstärken. Schliesslich hoffe ich, dass die Zuger sich nicht gegen einen verbesserten Finanzausgleich zwischen den Kantonen wehren werden.

**BULLETIN:** Du bist also für den Neuen Finanzausgleich, den NFA?

**Serge Gaillard:** Den Finanzausgleich im engen Sinne unterstütze ich. Die unterschiedlichen Ressourcen in den Kantonen müssen mehr ausgeglichen werden als heute. Leider wird dieser Finanzausgleich vermischt mit einer neuen Aufgabenteilung zwischen dem Bund und den Kantonen: Da gibt es noch Probleme. Insbesondere bei den Leistungen der IV darf es keine Kantonalisierungen geben. Ich bin aber zuversichtlich, dass hier eine Verbesserung durchgesetzt werden kann.

**BULLETIN:** Mehr Gerechtigkeit fordert auch die Bewegung der Sans Papiers, welche von der SGA unterstützt wird. Was ist hier die Position des SGB?

**Serge Gaillard:** Wir sind für eine Regularisierung des Status der Sans Papiers, wenn sie seit einem Jahr in der Schweiz gelebt haben. ■



# RotGrün findet statt

Am 13. Juni nominierten die Zuger Alternativen ihre beiden Kandidaten für die Regierungswahlen 2002. Über die Nomination war man sich rasch einig, bezüglich Wahlstrategie im entscheidenden Punkt ebenfalls.

Von Gerhard Schmid  
Bilder Martin Stuber

Zur Nominationsversammlung von SGA und Alternativen für die Herbstwahlen hatten sich trotz hochsommerlichen Verlockungen rund 50 Personen eingefunden. Die Versammlungsleitung strahlte vor Freude und Zuversicht, und zwar zu Recht, denn sowohl die Kandidatenkür als auch wahltaktische Beschlüsse fügten sich zu einem abwechslungsreichen Ganzen.

## Solidarität schafft Sicherheit

Während Monaten hatten bange Fragen um die erneute Kandidatur Hanspeter Usters (44) im Raum gestanden. Sein doppeltes Über-Ich – protestantisch und sozialistisch – hatte ihn nach den schweren Verletzungen vom 27. September zu früh an den Arbeitsplatz gedrängt und bedrohliche Rückfälle ausgelöst. Nach diesen Erfahrungen und einer Auslegeordnung privater und öffentlicher Prioritäten fühlte er sich nun erstarkt und motiviert für eine vierte Amtszeit. Damit kann er zur Kontinuität in der Regierung beitragen und sein erfolgreiches Wirken in der Sicherheitsdirektion fortsetzen. Der Eintritt in die Regierungsverantwortung wurde Hanspeter vor 11 Jahren nicht leicht gemacht. Die Polizeidirektion entsprach nicht seinem Wunsch, und haltlose Angriffe von CVP-Seite in Presse und Parlament versuchten während des ersten Jahres seine Arbeit in Verruf zu bringen.

Mit der ihm eigenen Menschlichkeit, Fachkompetenz und Beharrlichkeit setz-

te Hanspeter zusammen mit seinem Stab Zeichen, die weit über die Kantons- grenzen hinaus Anerkennung fanden: in erster Linie durch seine umfassende Optik von Sicherheit und durch sein Eintreten für eine solidarische Gesellschaft, aber auch in einzelnen Projekten und Verwaltungsbereichen. Genannt seien die menschenwürdige Vollzugspraxis mit abgewiesenen Asylbewerbern, die Fusion zweier Polizeikorps, Sicherheit und ökologische Aspekte im Verkehr, die Reorganisation des Zivilschutzes und der Feuerwehr, der wirksame Kampf gegen Wirtschaftskriminalität und die Verdienste um die Gründung einer entsprechenden Fachhochschule in Luzern und Neuenburg.

Eher überrascht ist man von seinem Talent für die Organisation geschichts- bedingter Festanlässe: 150 Jahre Bundesstaat und derzeit Zugs Beitritt zur Eidgenossenschaft. Seinem Hang zu «Gestalten vor Verwalten» kann er hier vermutlich in besonderem Masse nach- leben.

## Verantwortungsvolle Bildungspolitik

Nach dem angekündigten Wechsel des amtierenden Bildungsdirektors Walter Suter in ein anderes Departement ist es für den neu kandidierenden Chamer Sekundarlehrer Toni Kleimann (52) klar, wohin es ihn drängt: in die Verantwortung für ein Schulwesen, das im perma- nenten Reformprozess adäquate Rahmen-

bedingungen braucht. Nach 4 Jahren Poli- tikaufnahme sei die Zeit reif für ein neues En- gagement, meint Toni. Er hat die Frische Brise Steinhausen mitbegründet, wirkte 8 Jahre im Kantonsrat und war dort Frak- tionschef der Alternativen. Als Unab- hängiger auf der Liste des Kritischen Fo- rums Cham will er die Wahlen bestrei- ten.

Tonis zentrales Anliegen ist die ge- deihliche Entwicklung der Volksschule – seine Kandidatur wird die Schuldiskus- sion beleben (vergl. dazu «Nachhaltige Bildungspolitik» in dieser BULLETIN- Ausgabe). Darüber hinaus wird er sich wie bisher für sozialen Ausgleich stark machen, u.a. für die lohnmassige Gleichstellung von Mann und Frau, mehr Rücksicht auf neue Familienfor- men, würdige Arbeitsbedingungen im Detailhandel, Massnahmen für Arbeits- lose und Working Pools und entschie- den gegen eine unsolidarische Ellbogen- gesellschaft mit fremdenfeindlicher Be- gleitmusik.

## Erfolgsaussichten

Aufgrund der hohen Wahrscheinlich- keit von je 2 CVP- und FDP-Sitzen sowie je 1 (sicheren) Sitz für Linke und SVP gilt das Hauptaugenmerk der Verteidigung des 7. Mandates für Rotgrün. Eine Li- stenverbindung aller linken Kräfte ist deshalb unbestritten, eine gemeinsame Wahlkampagne von Alternativen und SP wird angestrebt. ■



Regierungsratskandidaten der Alternativen an der Nomination: Toni Kleimann (links) und Landamman Hanspeter Uster.



# Starke Linke ist wichtiger denn je

Die Liste SGA/Parteilose verpasste vor vier Jahren in der Stadt Zug einen Sitzgewinn nur ganz knapp, es blieben vier Sitze. Damit konnte die Linke die beiden Sitzverluste der SP nicht kompensieren. Dafür erlangte die CSV mit drei Sitzen Fraktionsgrösse. Im Stadtrat verlor die gemeinsame Liste SP/SGA einen der beiden Sitze. 2002 soll alles anders werden.

## Von Martin Stuber, SGA-Gemeinderat

Es war schon fast ein historisches Angebot, als der CSV-Kantonsrat Andreas Bossard vor einigen Monaten sein Interesse bekundete, zusammen mit SGA und SP auf einer gemeinsamen Liste für den Stadtrat zu kandidieren. Mehr als drei Jahre Politisieren in der Alternativen Kantonsratsfraktion hatten «Boesgi» – und nicht nur ihm – gezeigt, wo das politisch fruchtbare Feld für christlichsoziale Politik in der Stadt Zug liegt – nämlich links der Mitte.

## Das andere Zug

Ein wesentlicher Grund für die Schwäche der Linken in der Zentralschweiz liegt historisch darin, dass es der Linken nie gelang, mit den fortschrittlichen Teilen der katholischen Arbeiterbewegung und später den öko fortschrittlichen Teilen in der CVP ein dauerhaftes Bündnis zu schmieden. Die Chance, dieses Manko zu überwinden, hat die SP fast verpasst. Die nach der SGA-Nomination von Marianne Zehnder auf der Hand liegende Dreier-Liste SP/SGA/CSV lehnte die SP in den Verhandlungen ab – sie hätte die gemeinsame Liste gar platzen lassen, wenn nicht SGA und CSV auf den Schlüssel 2 SP, 1 SGA und 1 CSV eingegangen wären. Das Urteil darüber, ob die Liste dadurch personell verstärkt worden

ist, wird die Wählerschaft fällen.

Immerhin: als Konzeption willigte die SP Stadt Zug in einen substantiellen gemeinsamen Wahlkampf ein – dies im Gegensatz zum Kanton. Wir sind der Überzeugung, dass nur so der zweite Stadtratssitz zurückzuholen ist. Die gemeinsame Liste steht unter dem Motto «Das andere Zug».

## Verpasste Chancen ...

Die Leistung des Zuger Stadtrates und der erdrückenden bürgerlichen Mehrheit im GGR in den letzten Jahren zeigt, dass ein Erstarren der Linken dringend nötig ist. Einige Beispiele:

- Ein Parkplatz-Reglement, das untauglich ist (auf dem SIEMENS-Areal müssten 5200 Parkplätze gebaut werden, was nicht einmal verkehrstechnisch zu bewältigen ist ...);
- ein Sondernutzungsplan SIEMENS-Areal, der zwar nicht zuletzt auf unseren Druck hin die Akzente leicht Richtung Wohnen verschiebt, aber immer noch eine «Arbeitsplatzmaschine» ermöglicht, welche für den Charakter der Stadt verhängnisvoll ist;
- der Unwille und die Unfähigkeit, etwas für die Schaffung von preisgünstigem Wohnungsbau zu tun (Stichwort: Waldheim) – in einer Situation, wo Normalverdienende praktisch keine Wohnung mehr finden können;
- die Blockierung des längst überfälligen Minitunnels zur Entlastung der verkehrsgeplagten Innenstadt;
- Steuersenkungen und Steuerrabatte, welche das soziale und siedlungspolitische Ungleichgewicht noch weiter zu Ungunsten der hier Wohnenden und der «normalen» Bevölkerung vergrössern.
- die unsinnige und unnötige Bruibachbrücke musste das Stimmvolk korrigieren.



«Das andere Zug»: Andreas Bossard (links), Marianne Zehnder, Dolfi Müller und Urs Bertschi (beim Fototermin krank) kandidieren gemeinsam für den Stadtrat.

## ... und wichtige Weichenstellungen

Der Sondernutzungsplan SIEMENS-Areal ist erst in 1. Lesung beraten – noch ist unklar, ob nicht der neue GGR abschliessend darüber befinden wird. Für verschiedene grosse Gebiete stehen Bauungspläne an. Wenn hier keine massive Korrekturen stattfinden, wird das Ungleichgewicht zwischen Wohnen und Arbeiten nochmals massiv zunehmen und werden die Verkehrsprobleme unerträglich.

Gleichzeitig muss die Stadt endlich aktiv werden beim Landkauf und preisgünstigen Wohnbau ermöglichen – sogar Stapi Luchsinger hat kürzlich im GGR zu Protokoll gegeben, dass die Stadt den Landpreis heruntersubventionieren muss.

Wenn die Stadt in den nächsten vier Jahren nicht den Minitunnel konkret plant und sich für die Realisierung der 2. Etappe der Stadtbahn stark macht, wird hier nichts passieren und ist der Zug buchstäblich abgefahren.

Auch die rollende Mobilfunkantennenflut muss gebremst werden.

## SGA/Parteilose strebt 6 Sitze im GGR und 1 im Stadtrat an

Im persönlichen Gespräch anerkennen SP- und CSV-GemeinderätInnen, dass unsere Fraktion in diesen Fragen im GGR den stärksten und konsequentesten Auftritt hat. Unser Ziel ist es denn auch, im GGR von vier auf sechs Sitze zu kommen und einen Sitz im Stadtrat zu machen. ■



# «In vier Jahren kann einiges realisiert werden!»

**Frauenpower in die Regierungen der beiden grössten Städte im Kanton Zug: Marianne Zehnder kandidiert für den Zuger Stadtrat, Anna Lustenberger hat gute Chancen, die erste SGA-Gemeinderätin in Baar zu werden. Das BULLETIN hat den beiden auf den Zahn gefühlt.**

**Interview und Bilder Martin Stuber**

**BULLETIN:** Ihr seid beide Parlamentarierinnen. Was hat euch bewogen, nun für die Exekutive zu kandidieren?

**Anna Lustenberger:** In Baar werden durch Rücktritte zwei Departemente frei, die mich sehr interessieren – das Sozialamt und das Schulamt. Ich würde gerne eines der beiden übernehmen. In beiden Gebieten arbeite ich in ständigen Kommissionen mit. Es sind die Gebiete, die sehr gut mit meiner beruflichen Tätigkeit als Sozialpädagogin korrespondieren und die Lebenserfahrungen als Mutter und Familienfrau kommen mir hier zu gute.

**BULLETIN:** Du hast reelle Wahlchancen – was würdest du machen als Gemeinderätin?

**Anna Lustenberger:** Im Sozialamt würde ich das von mir mit erarbeitete Familienleitbild umsetzen. Dazu gehört ein Familienzentrum, eigentlich ein Begegnungszentrum für alle, mit Mittagstisch für alle, mit Kinderbetreuungseinrichtungen, Vereinslokal, Werkstätten. Ich würde eine offene, wöchentliche Sprechstunde einrichten für Erwachsene, Jugendliche und Kinder. Nötig ist zudem eine bessere Vernetzung der Kinderbetreuung. Und was mir besonders wichtig ist: diese Angebote müssen auch für die unteren und mittleren Bevölkerungsschichten erschwinglich sein.

**BULLETIN:** Und im Schulamt?

**Anna Lustenberger:** Ich würde versuchen, näher bei Lehrerinnen und Lehrern, näher



**Marianne Zehnder:** «Wenn wir in den nächsten 20 Jahren die Stadt nicht endgültig in Autos ertränken wollen, müssen die Weichen umgestellt werden Richtung öffentlichen Verkehr.»

an der Basis zu sein – zu spüren, wo Überlastungen sind. Weil die Schule immer mehr Aufgaben wahrzunehmen hat, die gesellschaftlichen Problemen entspringen, würde ich für eine bessere Einbindung der Eltern in die Schule sorgen.

Ich denke da an ein schwedisches Modell, das ich kennen gelernt habe: immer drei Familien einer Schulklasse sind für ein Jahr ein Elternrat. Sie sind dann Ansprechperson für die andern Eltern, aber auch für die Lehrperson und helfen in ganz praktischen Angelegenheiten mit. Wichtig ist zudem, dass dieser Elternrat gemischt zusammengesetzt ist, so dass Schweizer und ausländische Eltern in Kontakt kommen. Die Erfahrungen in Schweden haben gezeigt, dass dies ein

gutes Mittel ist, um Probleme, gerade auch gesellschaftliche wie zum Beispiel Gewalt, anzugehen.

Wir sind in der Baarer Schule am Planen von neuen Schulmodellen, aber für mich braucht es in Baar auch eine ganz klassische Tagesschule, mit Betreuung der Kinder von morgens bis abends, auch am Mittwoch.

**BULLETIN:** Marianne, das Thema Tagesschule beschäftigt dich als Stadtzuger Gemeinderätin auch?

**Marianne Zehnder:** Ja, unsere Motion für eine Tagesschule ist hängig – es sieht so aus, dass die Realisierung bevorsteht. Das ist auch dringend nötig – die Wartelisten zeigen das, respektive die Leute melden sich gar nicht mehr an, weil sie nicht mehr an eine Chance glauben, ihr Kind in der Tagesschule platzieren zu können.

Unsere Motion war ja die schnelle Reaktion auf das Scheitern der Halbtageschule an der Urne. Das Schicksal dieser Vorlage hat mir gezeigt, wie wichtig frühe, umfassende und alle Beteiligten mit einbeziehende Information und eine breite Abstützung für das Anliegen sind. Dem würde ich als Schulvorsteherin grosses Gewicht beimessen.

**BULLETIN:** Noch grösser ist das Verbesserungspotential in der stadträtlichen Verkehrspolitik?

**Marianne Zehnder:** Ja, es gibt einige hochmotivierte städtische Angestellte in diesem Gebiet mit guten Ideen, die eigentlich nur darauf warten, endlich umgesetzt zu werden. Der ganze Verkehrsbereich rund ums Metalli und den Bahnhof kann mit relativ kleinem Aufwand wesentlich fussgänger- und velofreundlicher gestaltet werden. Das kann in vier Jahren realisiert werden. Die Innenstadt muss prioritär auf den sogenannten Langsamverkehr (Velo, FussgängerInnen) ausgerichtet werden – das ist entscheidend für die Lebensqualität in diesem Bereich und nützt auch dem Detailhandel am meisten.

Einiges ist übrigens schon seit längerer Zeit beim Stadtrat deponiert.

Ich kann auch nicht verstehen, dass der Stadtrat nicht in der Lage ist, den Minitunnel im kantonalen Teilrichtplan Verkehr (TRP) als Priorität zu verankern – Unterägeri soll eine Umfahrung als 2. Priorität erhalten und der Minitunnel rutscht in die 3. Priorität, das gibts ja nicht! Und eine Stadträtin und zwei Stadträte von FDP und CVP sitzen im zuständigen Kantonsrat.

**BULLETIN:** Im Innenstadtbereich ist Baar mit seiner verkehrsberuhigten und umgestalteten Dorfstrasse schon wesentlich weiter als Zug. Gibt es hier für dich als Gemeinderätin überhaupt noch etwas zu tun, Anna?

**Anna Lustenberger:** Den Fortschritt empfinde ich nicht als so riesig. Eine verkehrsfreie Dorfstrasse muss das Ziel sein, oder eine Begegnungszone, analog zum neuen Bahnhofplatz. Die Attraktivität des Dorfkernes würde enorm gesteigert! Und Parkplätze rund um den Dorfkern hat es genug, es entstehen auch neue Parkhäuser. Während des Umbaus der Dorfstrasse, als es tatsächlich verkehrsfrei war, gemessen viele diese verkehrsfreie Zone.

### Marianne Zehnder, Zug

46 Jahre alt, Mutter von 2 erwachsenen Töchtern, wohnhaft in Zug.

**Beruf:** Key Account Managerin in Bio-Grosshandelsunternehmen.

**Tätigkeiten:** Ausbildung als Sozialpädagogin, Führen einer Heilpädagogischen Pflegefamilie im Kanton Zürich, Aufbau von zwei selbstverwalteten Betrieben. Geschäftsführerin im Bio-Detailhandel.

**Im Grossen Gemeinderat:** seit 1999, Fraktionschefin SGA/Parteilose.

**Mehr unter:** [www.ggr.ch](http://www.ggr.ch)

Die Öffnung für den Verkehr empfanden dann viele als brutale Zäsur.

**Marianne Zehnder:** Bei uns im Grossen Gemeinderat ist eine dringliche BPK-Motion hängig, die vom Stadtrat verlangt, dass er anlässlich der Erneuerung der Werkleitungen im Bereich der Innenstadtachse (Grabenstrasse, Neugasse, Bahnhofstrasse) endlich die Kreditvorlage für eine Umgestaltung dieses wichtigen städtischen Raumes zu bringen und sich beim Regierungsrat für deren Umsetzung einzusetzen.

**BULLETIN:** Aber das ist ja nicht nur das Problem des Stadtrates, es ist auch die Politik der bürgerlichen Mehrheit im GGR.

### Anna Lustenberger-Seitz, Baar

48 Jahre alt, verheiratet mit Franz, 3 Kinder (22, 20, 16 J. alt), wohnhaft in Baar.

**Beruf:** Dipl. Sozialpädagogin, Aushilfe bei einer Sozialpädagogischen Pflegefamilie für Jugendliche.

**Tätigkeiten:** Stark engagiert im Spielgruppenwesen auf kommunaler, kantonaler bis nationaler Ebene (Verbandsaufbauarbeit).

**Gemeindliche Tätigkeiten:** Mitglied Schulkommission (Hauswirtschaft/Handarbeit), Familienkommission.

**Im Kantonsrat:** seit 1999.

**Mehr unter:**

[www.alternativefraktion.ch](http://www.alternativefraktion.ch)



**Anna Lustenberger:** «Weil die Schule immer mehr Aufgaben wahrzunehmen hat, die gesellschaftlichen Problemen und einem Wandel entspringen, würde ich für eine bessere Einbindung der Eltern in die Schule sorgen.»

Krassestes Beispiel: das völlig untaugliche Parkplatzreglement.

**Marianne Zehnder:** Richtig. Sondernutzungsplan SIEMENS-Areal mit dreimal mehr Parkplätzen als heute, Areal Kistenfabrik mit nachträglich zusätzlichen 110 Parkplätzen, Bebauungsplan Grafenau Süd mit zentralster Lage und dennoch 290 Parkplätzen, das neue Parkhaus Dreispitzplatz ist bald reif für den Projektierungskredit, die FDP will mehr Parkplätze im Bereich Postplatz – das ist das Programm für den endgültigen Verkehrskollaps! Verkehrsstudien im Zusammenhang mit dem Sondernutzungsplan SIEMENS-Areal zeigen, dass diverse Verkehrsknoten überlastet sein werden. Statt immer mehr Parkplätze zu bauen, müssen wir schnellstmöglich die 2. Etappe der Stadtbahn aufgleisen – die erste kommt schon vier Jahre zu spät, wie sich jetzt beim Kistenareal zeigt.

Dafür müssen nicht nur die politischen Kräfteverhältnisse im Stadtrat, sondern auch im GGR ändern.

**BULLETIN:** Anna, du machst ja auch Verkehrspolitik im Kantonsrat. Und du kandidierst wieder für den KR. Was sind dort deine Ziele?

**Anna Lustenberger:** Ich würde bei meiner Wahl in den Gemeinderat tatsächlich Kantonsrätin bleiben. Das wäre für eines meiner Hauptanliegen auch gut, weil ich als Exekutivmitglied mehr Gewicht im KR hätte. Im Rahmen des von Marianne erwähnten TRP Verkehr, der zurzeit im KR

beraten wird, wehre ich mich gegen den sogenannten Nordkorridor, der das Naherholungsgebiet zwischen Baar und Inwil zerschneiden würde. Baar hat nicht mehr zu viele Naherholungszonen, die bestehenden müssen unbedingt geschützt werden. Als ich mit meiner Familie nach Baar zügelte, wohnten wir am Dorfrand, nun sind wir bereits mitten drin.

Für Baar ebenfalls wichtig ist die 2. Etappe der Stadtbahn, die ja direkt durchs Zentrum führen soll und auch die Arbeitsplatzgebiete besser erschliesst.

**BULLETIN:** Der Teilrichtplan Verkehr betrifft auch die Stadt Zug in hohem Masse.

**Marianne Zehnder:** Das ist mir sehr bewusst. Und wir haben ein Riesenproblem, das uns die bürgerliche Mehrheit im GGR eingebrockt hat – das neue Parkplatz-Reglement, das den Bau von bedeutend mehr Parkplätzen zulässt und die Erstellungspflicht nicht aufgehoben hat. Dies in einer Situation, wo eine Stadt mit 12'000 Haushalten und 23'000 Einwohnerinnen und Einwohnern über 28'000 Parkplätze verfügt! Kein Wunder haben wir zu viel Verkehr in der Stadt! Wenn wir in den nächsten 20 Jahren die Stadt nicht endgültig in Autos «ertränken» wollen, müssen die Weichen umgestellt werden Richtung öffentlichem Verkehr. Unser Erfolg bei der Abstimmung über die Bruibachbrücke zeigt mir, dass hier ein Spielraum besteht, der von der Linken bisher zu wenig ausgenutzt worden ist. Mit nur 4 von 40 Sitzen im Gemeinderat und ohne Vertretung im Stadtrat sind wir zu schwach – das ändert aber hoffentlich mit den nächsten Wahlen.

**BULLETIN:** Wir haben jetzt viel vom Verkehr geredet – wechseln wir zu einem Thema, das vielen, die hier arbeiten, sich aber keine Wohnung leisten können, und auch vielen, die hier wohnen, unter den Nägeln brennt: es fehlt preisgünstiger Wohnraum.

**Marianne Zehnder:** Das Thema preisgünstige Wohnungen beschäftigt mich, seit

ich hier wohne. Gerade als Direktbetroffene, die zwei Mal die Wohnung wechselte und über ein beschränktes Budget verfügt. Neben dem Verkehr ist dies das Hauptthema. Zug soll nicht nur für die obere Mittelschicht und die Reichen bewohnbar sein.

**BULLETIN:** Wie sieht das in Baar aus?

**Anna Lustenberger:** In Baar gibt es auch nicht viele günstige Wohnungen. Unsere zu Beginn sehr teure 5-1/2-Zimmerwohnung ist mittlerweile eine günstige (wir haben nie gewechselt). Ich erlebe aber immer wieder, wie uns bekannte Familien hier wegziehen, weil sie in den benachbarten Kantonen ein Haus bauen können, was hier nicht mehr möglich ist. Sie wissen um die höheren Steuern dort, aber unter dem Strich geht die Rechnung für sie immer besser auf als im Kanton Zug.

In einer neuen Siedlung in unmittelbarer Nachbarschaft sind wenige Familien eingezogen. Ob Kauf oder Miete, Familien können sich unsere teuren Wohnungen gar nicht mehr leisten. Ich will nicht, dass in unserem Kanton die normalverdienenden Familien aussterben. Im KR gibt es seit kurzem eine Kommission, welche dieses Problem studiert.

Gerade jetzt nach dem Debakel im Nationalrat zum Behindertengesetz interessiert es mich natürlich noch mehr, ob es bei uns in Baar genügend behindertengerechte Wohnungen gibt. Würde zum Beispiel Anne Ithen bei uns etwas zu einem vernünftigen Preis finden?

**Marianne Zehnder:** Ich habe diese KR-Vorlage studiert. Ist nicht das Problem, dass die geplanten Massnahmen des Kantons mit der Bereitschaft der Gemeinden stehen und fallen, die Angebote des Kantons auch zu nutzen? Von der vom Stadtrat vor einem Jahr angekündigten aktiven Liegenschaftspolitik merken wir nichts. Auch dafür braucht es andere Leute und eine Verschiebung der Kräfte im Stadtrat – wir müssen diesen zweiten Sitz für die Linke zurückgewinnen.

Wichtig ist auch, dass gleichgesinnte Exekutivmitglieder aller Gemeinden enger zusammenarbeiten. Beispiel Zeughausareal: Wir haben eine gute Zusammenarbeit zwischen der alternativen Fraktion im Kantonsrat und GGR-Fraktion SGA/Parteilose. Wir sprechen bei übergreifenden Projekten unsere Vorstösse untereinander ab. Wir überlegen uns zwei parallele Vorstösse, damit dieses Areal dem preisgünstigen Wohnungsbau zugeführt werden kann.

Die Entwicklung nimmt langsam beängstigende Ausmasse an – der Sinn für die Verhältnisse geht verloren. Ich habe letzthin mit einer Architektin telefoniert, im Zusammenhang mit einer autofreien Wohnsiedlung. Sie meinte, eine Einsparung von 150 bis 200 Franken pro Monat, welche sich durch autofreies Wohnen erreichen lasse, merke man ja kaum.

**BULLETIN:** Marianne hat vorhin die fehlenden Visionen erwähnt. Was sind eure Visionen?

**Anna Lustenberger:** Grünflächen verschwinden immer mehr im Dorf, diese müssen wieder geschaffen werden. Der Martinspark ist für die Bevölkerung eine Bereicherung, aber er allein als Grünzone im Dorfkern genügt nicht mehr. Zudem könnte ich mir auch eine Partnerschaft mit einer Stadt aus einem Drittweltland vorstellen. Das wäre gelebte Solidarität.

**Marianne Zehnder:** Solidarität könnte mit einer Städtepartnerschaft geschaffen werden, zum Beispiel mit einer Stadt aus Brasilien. Ausserdem denke ich, ich habe es vorhin schon angesprochen, es ist an der Zeit, dass auch in der Schweiz und vor allem natürlich auch in der Stadt autofreies Wohnen möglich wird. Zur Zeit sind wir am Aufbau eines Vereins, welcher zum Ziel hat, autofreie Wohnsiedlungen zu ermöglichen. Die Gründungsversammlung wird im kommenden September sein. ■

*Eine ungekürzte Version dieses Interviews ist auf [www.ggr.ch](http://www.ggr.ch) veröffentlicht.*



# Die Linke: gemeinsam stark

**In Baar kandidiert Anna Lustenberger wieder für den Kantonsrat und neu auch für den Gemeinderat (s. Interview Seiten 8-10). Sie schildert die Ausgangslage. Die beiden anderen Kantonsratskandidatinnen stellen sich selber vor.**

**Anna Lustenberger, Kandidatin Kantonsrat, bisher, und Gemeinderat, neu**

Als ich vor vier Jahren für den Kantonsrat kandidierte, war für mich überhaupt nicht klar, ob ich als Parteilose für die SP kandidieren soll oder für die SGA. Gerade in Baar empfind ich beide Parteien als gemeinsame linke Kraft, und so



wird sie auch von der Bevölkerung wahrgenommen. Meinen Entscheid, der Alternativen Fraktion beizutreten – und nun auch der SGA – habe ich nie bereut. Wie wichtig die linken Stimmen sind, wurde mir in den Kantonsratsdebatten immer wieder bewusst. Diese linken Stimmen fehlen mir oft – je länger je mehr bei der SP. Aber – weil die beiden Parteien als linke Seite wahrgenommen werden, ist es richtig, dass der Wahlkampf gemeinsam geführt wird. Etwas anderes verstehen unsere Wählerinnen und Wähler kaum. So werden wir Alternative (SGA und Parteilose) mit der SP auf einer gemeinsamen Kantonsratsliste kandidieren.

**Berty Zeiter, Kantonsratskandidatin, neu**

Ich bin 1956 in einer Bergbauernfamilie im Toggenburg geboren worden und habe das Seminar in Menzingen absolviert. In dieser Zeit prägten mich vor allem die Bibel



und das Büchlein von Rudolf Strahm über die Mechanismen der Weltwirtschaft. Danach arbeitete ich dreizehn Jahre lang in der katholischen Kirche als Katechetin und Sekretärin. Zwischendurch engagierte ich mich ehrenamtlich als Pfarreirats-Präsidentin der Pfarrei Baar in einer strubben Umbruchszeit. Ich erlebte, dass ich meine Fähigkeiten am besten in einem guten Team einbringen kann.

Während vierzehn Jahren lebten mein Partner und ich in Wohngemeinschaft mit einer kranken Frau. Diese Zeit schulte mich intensiv in Bezug auf Selbsterkenntnis, Gemeinschaftsfähigkeit und psychologische Einsichten. Dadurch wurde ich motiviert, eine berufsbegleitende psychologische Ausbildung anzupacken. 1998 schloss ich ab als dipl. psychologische Beraterin SGIPA.

Von 1994 bis 2001 arbeitete ich als Tagesfamilienvermittlerin und Pflegekinderaufsicht der Gemeinde Baar. Ich erhielt Einblick in viele familiäre, soziale und finanzielle Problemsituationen. Nachdem 1998 unsere Wohnpartnerin ins Pflegeheim gezogen war, begann ich als Sachbearbeiterin auf dem Sozialamt der Gemeinde Menzingen.

**Realistin mit Visionen**

Ich schätze mich als Realistin ein, und trotzdem will ich meine Ideale nicht aufgeben. Darum bin ich seit langem verbunden mit Organisationen, die sich für eine nachhaltig genutzte Welt einsetzen, so zum Beispiel die Longo-Mai-Kooperativen, Greenpeace, GSoA, Strom ohne Atom, Pro Natura. Ich freue mich, dass die Ideen der politischen Linken und der Grünen sich so gut vereinbaren lassen mit meiner christlichen Grundhaltung.

Gleichzeitig möchte ich nicht nur das Machbare realisieren, sondern immer wieder Ideale anstreben und Visionen entwickeln, gemeinsam mit anderen, ähnlich denkenden Leuten. Und diese erwarte ich in der SGA zu finden.

**Helena Geel, Kantonsratskandidatin, neu**

*Jg. 1946, Dipl. Sozialbegleiterin, verheiratet, ein erwachsener Sohn.*



Mitarbeit Aids-Hilfe des Kt. Zug; Gesprächsgruppe der kant. Strafanstalt Bostadel; Betreuung Betagter, Pro Senectute Kt. Zug; Begleitung drogenabhängiger

Frauen (Notschlafstelle Stadt Zürich); Gründungsmitglied Abenteuerspielplatz «Fröschematt» Zug; Mitinitiantin «pro Männerbad Siehbach» (Seeufergestaltung); GSoA-Mitglied; Behindertenbetreuerin für leicht- und schwerbehinderte Erwachsene in Zug, Luzern und Urdorf.

**Soziale Anliegen und Kulturförderung**

Das Wissen und die Erfahrungen, die ich mir im Verlauf meines Lebens angeeignet habe, möchte ich in die Politik einfließen lassen, bzw. als Impulse weitergeben. Besondere Anliegen, die ich als Politikerin vertreten möchte:

- Für die Ausgesteuerten (Sozialhilfeempfänger);
- für die älteren Stellensuchenden;
- für Frauen und Männer, die mit einem sehr bescheidenen Einkommen ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen;
- für Frauen und Männer, die sich für den Beruf Hausfrau/Mutter (Hausmann/Vater) entschieden haben – auch sie brauchen eine Lobby.

Ferner ist es mir ein grosses Anliegen, Kulturschaffende in ihrer Arbeit zu unterstützen denn:

- Kultur ist der Puls des Lebens;
- Kultur kann und darf kosten;
- Kultur bringt die Menschen zusammen und fördert die Lust;
- Förderung und Pflege der deutschen Sprache, auch für SchweizerInnen. ■



# Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt

**In Cham ist einiges in Bewegung. Noch vor ein paar Monaten schien alles betoniert. Die CVP als ewige Mehrheitsregentin schien für weitere vier Jahre gesetzt, ein wenig Spannung brachte allenfalls noch die SVP mit dem möglichen Anspruch auf einen CVP-Gemeinderatssitz. Das Kritische Forum war kurz vor dem Aus.**

**Von Charles Meyer  
Bilder KriFo**

Das KriFo Cham war als Partei eingeschlafen. Ein paar Unentwegte versahen zwar tapfer ihren Dienst in den Kommissionen, aber der Vorstand hatte Ende 2001 auf Stand-by geschaltet mit der Option auf gelegentliche punktuelle Vorstösse. Zu müde waren die alten «Kritischen», zu beschäftigt die jungen, als dass sie einer «Partei» beitreten wollten. Das «Leichenmahl» war bestellt, der Tod des KriFo nach zwölf bewegten Jahren absehbar.

Dann liessen uns einige Nachrichten aufhorchen. Gemeindepräsident Heinz Wyss kündigte seinen Rücktritt an. Später hiess es, Hans Schaufelberger (Sicherheit, Verkehr SP) höre ebenfalls auf, dann: Claudia Bourquin (Schulvorsteherin FDP) kandidiere für den Regierungsrat. Kommt hinzu, dass Cham beim September-Attentat den Gemeindeschreiber Herbert Arnet verlor, dass also die Gemeindeverwaltung sowie der Gemeinderat nach den nächsten Wahlen eine ganz neue Führung brauchen wird. Das bedeutete ein grosses Vakuum, das es aufzufüllen gilt. Im Schatten grosser Bäume wächst nichts Neues: Die CVP hatte keinen Nachfolger für Wyss aufgebaut, die SP nicht für Schaufelberger, die FDP nicht für Bourquin. Jetzt müssen wir KriFoler wieder antreten – jetzt oder nie mehr!

## **Dynamik auf der ganzen Linie**

Wir gaben uns einen Monat Zeit für den Turnaround: Schaffen wir es, sechs neue Leute in den Vorstand zu bringen, vier bis fünf Kandidaten für die diversen Ämter aufzustellen, motiviertes Personal für die voraussichtlich zu bestellenden Kommissionen zu finden?

Wir haben es geschafft. So stark, wie wir zu diesen Wahlen antreten, ist das KriFo Cham noch nie gewesen. Der Vorstand ist mit sechs neuen, frischen, kräftigen Spielern besetzt, zusätzlich zu den vier, die weiter dran bleiben. Wir schicken mit Toni Kleimann einen Kandidaten ins Rennen um einen alternativen Sitz in der Kantonsregierung, wir wollen in Cham mit Charles Meyer einen Sitz im Gemeinderat erobern, in der Listenverbindung mit der SP sogar zwei. Wir kämpfen mit Erwina Winiger und Monika Andres um mindestens einen Sitz im Kantonsrat, wenn möglich um zwei, und wir streben mit Daniel Camenzind einen Sitz in der Rechnungsprüfungskommission an. Dahinter stehen Leute bereit, die soziale, liberale, urbane Politik in die Kommissionen tragen wollen. Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt.

Der Wahlkampfstart verlief fulminant, wir haben uns ins Gespräch gebracht. Mit unserer Zeitung Chamoptikum haben wir ein Comeback lanciert, als hätte es nie eine Durststrecke gegeben. Die über lange Jahre aufgebauten Beziehungen begannen plötzlich wieder zu spielen, wir konnten uns als diejenigen zeigen, die wir sind: vernetzt mit engagierten Leuten, die etwas bewegen wollen in Cham.

## **Angeschlagene CVP**

Die CVP hat uns mächtig in die Hände gespielt. Ihr dilettantisches Handling der Kommunikation über die Chamer Notwohnungen war äusserst peinlich. Wir

forderten einen runden Tisch und bekamen ihn. Es wird künftig eine gemeindliche Sozialkommission geben.

## **Spielplatz von der «familienfreundlichen» Partei verhindert**

Dann kam die katastrophale Gemeindeversammlung mit dem Projekt «Spielplatz Eslen», das vom Verein «Zukunft Kinder» lanciert worden war. Drei CVP-Gemeinderäte (inklusive Gemeindepräsident) sprachen sich ein Jahr lang für den 7000 Quadratmeter grossen Erlebnis-Spielplatz und den Standort «Eslen» (beim Bahnhof) aus, aber ihre eigene Partei lässt sie im letzten Moment im Regen stehen. Die «familienfreundliche» CVP schießt das Projekt an der Gemeindeversammlung ab. 630 Leute haben zweieinhalb Stunden darüber gestritten. O-Ton von CVP-Präsident Georges Helfenstein: «Und braucht es überhaupt solche Spielplätze, wo die Mütter wieder ihre Kinder abschieben können?» Wir fühlten uns in die Steinzeit zurückversetzt.

Die alte CVP-Garde hat das Projekt verhindert, weil einige von ihnen dort in Villen als Nachbarn wohnen. Das Durchschnittsalter der Gemeindeversammlung lag wohl über 60. Die alten Kämpfer legten sich ins Zeug, als gelte es, eine heilige Wiese vor der Verschandelung zu retten, dabei wollten wir auf gemeindeeigenem Land in der Zone «Öffentliches Interesse» eine öffentliche Anlage für Kinder errichten, ohne einen Franken Subvention. In der CVP tobte da in aller Öffentlichkeit ein interner Machtkampf Alte gegen Junge, Rechte gegen Gemässigte, und dies im Wahljahr.

Auch im Nominationsgerangel fürs Gemeindepräsidium macht die CVP eine schlechte Figur. Die bisherige stellvertretende Gemeindepräsidentin Esther Britschgi wurde kurzerhand aus der Karrierelinie bugsiert und durch Bauchef Bruno Werder ersetzt. Im Dorf

**Toni Kleimann-Andres**

**Regierungsratskandidat, neu**

- 52-jährig, Vater eines Sohnes.
- Sekundarlehrer phil I, Lehrer an der Kleinklasse Deutsch (Oberstufe) Cham.
- Mitbegründer der Frischen Brise Steinhausen.
- 8 Jahre Kantonsrat, davon 4 Jahre Fraktionschef der Alternativen.
- Krifo-Vorstandsmitglied.



**Erwina Winiger Jutz**

**Kantonsratskandidatin, bisher**

- 36-jährig.
- Erwachsenenbildnerin und Lehrerin für Handwerkliches Gestalten.
- Mitglied der Raumplanungskommission des Kantonsrates.
- Schwerpunkte: Bildungs- und Verkehrspolitik.

**Monika Andres Kleimann**

**Kantonsratskandidatin, neu**

- 42-jährig, Mutter eines Sohnes.
- Dipl. Arbeits- und Hauswirtschaftslehrerin, Bürofachabschluss.
- In den gemeindlichen Projekten Hausaufgabenhilfe und Mittagstisch engagiert.



**Charles Meyer**

**Gemeinderatskandidat, neu**

- 49-jährig, 2 Söhne.
- Studium in Soziale Verhaltenswissenschaften, Literatur und Philosophie an der Universität Hagen.
- Freischaffender Portfolioarbeiter für: Handelszeitung, Weltwoche, Facts, Schweizer Familie sowie Karriere-Coaching.
- Krifo-Gründungsmitglied und derzeitiger Präsident.

hofft man auf eine Gegenkandidatur. Sollen wir auch hier in die Lücke springen?

**Cham im Wandel – es knackt im Gebälk**

Unsere Analyse der gegenwärtigen politischen Situation in Cham diagnostiziert einen klaren Fall von Pubertät: Das Dorf wandelt sich zur Stadt, und im Gebälk der verschiedenen Strukturen knackt und kracht es. Es gibt in allen Parteien Kräfte, die vorwärts schauen wollen, die das Selbstverständnis einer Stadt entwickeln und leben wollen, und es gibt die Mächtigen, die an den alten Pfründen und lieb gewonnen Vorstellungen von der heilen Welt festhalten möchten.

Während sich einige in dieser Stadt darum kümmern, dass familienergänzende Strukturen ausgebaut, dass Kin-

derhäuser und Mittagstische geschaffen, dass Spielplätze gefördert werden, dass es eine Jugendbeiz und gesetzeskonforme Notwohnungen gibt, fordert der Chef der Chamer CVP im Ernst, man müsse die Sozialfälle eben härter anfassen. Es ist nicht einfach, die Probleme einer aufstrebenden Stadt mit den Denkmustern der Vergangenheit anzupacken.

**Auf Partnersuche**

Aber das Leben treibt nun mal vorwärts. Wir versuchen, dieses «Vorwärts» in politischen Vorstössen und im täglichen Geschäft bei jeder Gelegenheit anzutreiben. Am ehesten finden wir dabei Verbündete bei der SP und beim liberalen Flügel der FDP sowie bei wenigen Exponenten der CVP. Mit ihnen teilen wir das Streben nach einem Cham mit Lebensqualität.

Wir versuchen den Gedanken zu festigen, wonach ein attraktiver Wirtschaftsstandort auch Investitionen in den Lebensstandort verlangt. Zu den Standortvorteilen zählen nicht nur steuerliche Gründe, sondern auch eine gute soziale Infrastruktur für die mit den Firmen ankommenden Menschen. Also: erstklassige Schulen, erstklassige familienergänzende Betreuungsstrukturen, erstklassige Wohnqualität und erstklassiges Management der Behörden.

Mit der SP bilden wir eine gemeinsame Liste für den Kampf um zwei Gemeinderatssitze, und wir unterstützen uns auch gegenseitig bei Projekten. So sind wir stark genug, um die absolute Mehrheit der CVP im Wahlherbst zu knacken. Wir wollen endlich eine moderne, alternative, urbane Politik. Die Revision der Ortsplanung steht an. Es gibt viel zu tun – wir packen es an. ■



# Engagierte Familienfrau für den Gemeinderat

**Die Wahlen 2002 gestalten sich als schwierig für die Gleiserinnen und Gleiser. Mangelndes Interesse an einer Kandidatur und der schwer verkraftbare Rücktritt von Anne Ithen dämpfen die optimistische Stimmung von einst.**

**Von Hanni Schriber-Neiger, Präsidentin Gleis 3**

Nach vielen Verhandlungen mit verschiedenen Persönlichkeiten für eine mögliche Gemeinderats-Kandidatur, die alle negativ ausfielen, war der Vorstand von Gleis 3 ziemlich ratlos. Doch das Schicksal war uns im Spätfrühling 2002 dennoch gut gesinnt: Dorothea Wattenhofer-Reichardt stellt sich für eine Gemeinderatswahl zur Verfügung.

**Dorothea Wattenhofer-Reichardt**

*Giebelweg 9, 6343 Buonas, geb. 1956 in Basel, verheiratet mit Christian, Mutter von 3 Jungen im Alter von 13 bis 18 Jahren. Familienfrau, gelernte Damenschneiderin. Hobbies: Gartenarbeit, Lesen, Badminton, zügige Spaziergänge.*

**Familie im Zentrum**

Wattenhofers Biographie beschreibt eine klassische Familienfrau-Laufbahn: Nach



Schulabschluss Au-pair-Jahr in Rom, Lehre als Damenschneiderin, verschiedenste Erwerbsarbeiten, Heirat, Kinder, Engagement in Vereinen, Wieder-

einstieg ins Erwerbsleben.

Schon seit längerer Zeit suchte die 46-jährige eine neue Herausforderung, aber ein Motivationsanstoss von der richtigen Seite fehlte bis anhin. Nun sieht aber

Dorothea Wattenhofer die neue Arbeit in einem Gemeinderatsmandat, wo sie sich vor allem für die Anliegen der Familie, vom Kleinkind bis zum Senior, für Bildungs- und Sozialpolitik stark machen will.

Als Präsidentin beim Verein Frauenkontakt Risch stellte sie bereits ihre Führungsqualitäten unter Beweis. Ihr Interesse an Schulfragen zeigte sie an der aktuellen Mitarbeit bei der ELG (Eltern-Lehrer-Gemeinschaft) und beim Erarbeiten des Rischer Familienleitbildes in der Arbeitsgruppe Familienrat Schule.

**Nein zum Ladenöffnungsgesetz**

Vor drei Jahren wagte die Hobby-Gärtnerin den Wiedereinstieg als Teilzeit-Angestellte bei der Firma Vögeli. Als betroffene Verkäuferin wird sie sich bei der Abstimmung über das neue Ladenöffnungsgesetz für ein Nein einsetzen.

**Schwierige Ausgangslage für die Kantonsratswahlen**

Im August 2001, also vor dem Attentat aufs Kantonsrats-Parlament, herrschte bei den GleiserInnen Optimismus, was die Wahlen 2002 betraf. Schliesslich würde Anne Ithen zum dritten Mal kandidieren und als Vize-Präsidentin des Kantonsrates die Wahlhürde ohne Probleme nehmen.

Wir rechneten uns Chancen aus für einen zweiten Sitz, da die Gemeinde Risch neu einen Kantonsrat mehr zugeteilt bekommt, das heisst neu sechs Kantonsräte. Wir schwelgten in Vorfreude, wenn Anne Ithen Präsidentin sein würde und dies eine grosse Ehre für die GleiserInnen, Alternative Fraktion und die Gemeinde Risch wäre.

**27. September 2001**

Seit diesem Datum gelten diese Hoffnungen nicht mehr. Unsere Gemeinde

Risch wurde arg getroffen, KR Willi Wismer (CVP) verlor beim Attentat sein Leben und KR Michel Ebinger (FDP) und Anne Ithen wurden dabei sehr schwer verletzt. Diesen beiden gilt heute unsere Aufmerksamkeit, um sie hauptsächlich im täglichen Leben zu motivieren und mitzutragen.

**Nominationsversammlung am 3. Juli**

Mit der Demission von Anne Ithen auf Ende Juni 2002 ergibt sich eine neue Ausgangslage für Gleis 3. Walter Richner, als Nummer zwei der Wahlliste 1998 nachgerückt, übernimmt anfangs Juli das Kantonsrats-Mandat. Eine Wieder-Kandidatur seinerseits steht noch offen. Um weitere Abklärungen zu treffen, haben wir unsere Nominationsversammlung für den Kantonsrat auf den 3. Juli 2002 – also nach dem Redaktionsschluss dieser BULLETIN-Nummer – verschoben. ■

# «Trotz meiner Demission bleibe ich ein politischer Mensch»

Im Folgenden drucken wir den Brief ab, in welchem die Vizepräsidentin des Kantonsrats, Anne Ithen, am 22. Mai von Nottwil aus den Rischer Gemeindebehörden ihre Demission ankündigte.

Von Anne Ithen,  
Kantonsrätin Gleis 3 bis Juni 2002  
Bild Gleis 3

«Mit sehr viel Freude und Engagement habe ich seit 1994 die Interessen der Gemeinde Risch und des Kantons gemäss den in der Wahl-«Barriere» von Gleis 3 offenen gelegten Zielen im Zuger Kantonsrat vertreten. Meine Zeit im Parlament ist eine Erfahrung, die ich nicht missen möchte und an der ich anzuknüpfen gewillt war – auch nach dem schrecklichen Attentat vom 27. September 2001. Mein Weiterwirken in der Politik sollte nicht zuletzt symbolisieren, dass aktive und gelebte Demokratie nicht durch Gewalt zerstört werden darf. Dass ich am 28. März 2002 anlässlich meines Besuches im Kantonsrat beim Namensaufruf «ja» sagen konnte, erfüllte mich mit sehr unterschiedlichen Gefühlen: mit Freude über das wieder gewonnene Leben und mit Trauer um meine verstorbenen Kolleginnen und Kollegen.

## «Neues» und «altes» Leben

Wie sehr sich jedoch mein «neues» Leben vom gewohnten «alten» Leben unterscheidet und welche Folgen dies generiert, wurde mir erst nach und nach bewusst; zum Glück, denn dadurch verfügte ich auch wieder über die nötige Kraft, die neuen Erkenntnisse zu verarbeiten. Ohne grosse Krisen ging dieser Prozess nicht vorüber. War ich früher gewohnt, dass ich aus meinem Körper fast unendlich viel Energie schöpfen konnte, musste ich lernen anzuerkennen, dass

mein neuer Körper Grenzen hat: Er verfügt nur über eine Niere, eine geschwächte Lunge, einen Drittel des Magens und ist gelähmt.

War früher mein Tagesablauf ganz verschiedenartig strukturiert und meist sehr lang, so bin ich nun auf regelmässig eingeteilte Tage angewiesen: Ich brauche morgens viel Zeit für die physiologische Entleerung von Darm und Blase, für mehrmaliges Katheterisieren am Tag, manchmal sogar nachts und mittags und abends für eine Hautkontrolle (Dekubitusgefahr). Ich bin angewiesen auf genügend Zeit für mehrere kleine Mahlzeiten, muss viel trinken und zu festen Zeitpunkten verschiedene starke Medikamente einnehmen, welche insbesondere abends grosse Müdigkeit bewirken.

## Kultur der kleinen «Schritte»

Die langen Sitzungen des Kantonsrates und speziell abendliche Repräsentationsaufgaben als potenzielle Präsidentin des Rates vertragen sich mit diesem neuen Tagesrhythmus schlecht. Während ich früher gerne ein temporeiches, viel beladenes Leben führte, bin ich nun in den nächsten Jahren als «frischgebackene» Paraplegikerin mit multiplen Verletzungen gezwungen zu einer Kultur der Langsamkeit und der kleinen «Schritte» zu finden, um nur die einfachsten Alltagshandlungen in den Griff zu bekommen.

## Mut zum Rücktritt

Es erforderte viel Zeit, Überwindung und Energie, um zum Mittel der Demission zu finden. Ober Monate hinweg gab mir nämlich der Gedanke daran Kraft, voraussichtlich spätestens Ende Jahr 2002 eine neue interessante und verantwortungsvolle Tätigkeit als Kantonsratspräsidentin anzufangen. Bereits stand mein Wahlmotto in meiner neuen Situation als Rollstuhl fahrende Politikerin fest: «Etwas ins Rollen bringen».



Der Vorstand des Gleis 3 traf am 22. Dezember 2001 eine aufgestellte und Hoffnung ausstrahlende Anne Ithen. Fünf Monate später sah es anders aus.

Es ehrt den Kantonsrat, dass er den Platz der Vizepräsidentin für mich frei gehalten hat. Ich demissioniere jetzt und nicht erst auf Ende der Legislaturperiode, damit die Frage der Besetzung des Vizepräsidiums und des künftigen Präsidiums möglichst schnell geklärt werden kann und damit meine Partei im Hinblick auf den Wahlherbst eine neue Kandidatin oder einen neuen Kandidaten portieren kann. Ich freue mich aber, dass ich meine Arbeit an der gemeindlichen Schule als Oberstufenlehrerin mit einem kleinen Pensum auf das neue Schuljahr hin wieder aufnehmen können sollte. Ich danke Ihnen für die baulichen Anpassungen, die Sie dafür erbringen. Es ist bemerkenswert, wie sehr das Oberstufenschulhaus bereits vor 15 Jahren in wichtigen Belangen behindertengerecht gebaut wurde (Lift, Rampen in geeigneter Neigung, Toilette).

Seien Sie versichert, dass ich trotz meiner Demission ein politischer Mensch bleiben werde.» ■



# Als Oppositionskraft bewährt



Rosemarie Fährndrich Burger und Andreas Hürlimann kandidieren für den Kantonsrat.

**Die Frische Brise Steinhausen setzte in den letzten Jahren Akzente im Umwelt- und Verkehrsbereich, in der Dorfgestaltung und bei der Gleichstellung. Vor allem auch dank Manuela Weichelt-Picard. Sie kandidiert jedoch nicht mehr für den Kantonsrat und will sich mehr Zeit für ihr Privatleben nehmen.**

**Von Rosemarie Fährndrich Burger, Kantonsrätin Frische Brise, Steinhausen**

Mit Wehmut musste die Frische Brise Steinhausen und die Alternative Fraktion des Kantons Zug Ende Mai zur Kenntnis nehmen, dass Manuela Weichelt-Picard sich für eine Politikpause entschieden hat. Die Belastung im Zusammenhang mit ihrem 100-%-Job, den Ansprüchen an sich selbst und an ihr Kantonsratsmandat, sowie der Wunsch nach mehr Zeit für ihr Privatleben bewogen sie nach reiflicher Überlegung zu diesem Schritt. Das Motto, welches Manuela seit letztem Herbst verinnerlicht hat, ist folgendes: «Geniesse den Tag als wäre es der Letzte!»

Manuela Weichelt-Picard hat jedoch zugesichert, dass sie auch während der Politikpause eine politische Frau und vor allem auch weiterhin Mitglied der Fri-

schen Brise Steinhausen bleiben werde. Wer weiss, was in drei bis vier Jahren sein wird?

## **Jahrelanges Engagement für das Dorf**

Die Frische Brise ist aus der Parteienlandschaft von Steinhausen nicht mehr wegzudenken. Mit steter Präsenz nimmt sie am politischen Geschehen im Dorf teil und setzt sich vehement, sachbezogen und mit grossem Engagement für politische Anliegen ein. Ich wage zu sagen: die Frische Brise ist *die* oppositionelle Kraft in Steinhausen.

## **Umweltpolitische Anliegen**

Im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Dorfzentrums war die Frische Brise mit einem Antrag an der Gemeindeversammlung erfolgreich und konnte bewirken, dass die schön gewachsenen, schattenspendenden Ahornbäume rund um den Steinbockbrunnen nicht durch neue (wohl eher kosmetische) Bäume ersetzt wurden.

Ein Antrag an der Gemeindeversammlung zum Projekt einer Velo- und FussgängerInnenbrücke zum Schlossberg hatte eine Überarbeitung des Projektes zur Folge. Der Gemeinderat wurde beauftragt, eine tauglichere, velofreundliche und konfliktarme Erschliessung zum westlichen Gemeindegebiet und

zum Bahnhof zu planen. Mangels vernünftiger Überarbeitung durch die Gemeinde wurde die nun beschlossene Brücke zwar etwas verbessert, verkehrstechnisch gesehen ist der Lösungsansatz immer noch untauglich.

Als weit herum einzige wahrnehmbare Stimme wehrte sich die Frische Brise im vergangenen Herbst gegen den zusätzlichen Lärm, verstopfte Strassen und noch schlechtere Luft, die durch den Ausbau des Einkaufszentrums Zugerland entstehen werden. Insgesamt kann die Frische Brise auf eine engagierte und viel beachtete Oppositionsarbeit zurückblicken, leider nur mit mässigem Erfolg!

## **Gleichstellungspolitische Anliegen**

Dank jahrelangem «Dranbleiben» des Ressorts für Frauenfragen erhalten endlich alle Eltern von Schulkindern korrekt adressierte Post vom Schulamt. Das heisst, die Familie wird mit dem Frauen- und dem Männernamen angeschrieben.

Zusammen mit den übrigen Ortsparteien organisierten und gestalteten Frauen der Frischen Brise zwei Veranstaltungen zum Thema «Frau und Wahlen». Die eine beinhaltete die lustvollen, unterhaltenden Aspekte der Politik, die andere beschäftigte sich mit dem konkreten Politalltag von Frauen.

## **Hurrlibus**

Dank der Parteizeitung «Hurrlibus» können sich alle SteinhauserInnen regelmässig über die politische Haltung und die Tätigkeiten der Frischen Brise informieren.

## **Wahlen 2002: Fährndrich und Hürlimann**

Für die kommenden Kantonsratwahlen kandidieren Rosemarie Fährndrich Burger, 50, Katechetin und Familienfrau (bisher), und Andreas Hürlimann, 20, Informatiker in Ausbildung (neu). ■



# Zwei Neue für den Kantonsrat

**Nach dem Rücktritt der profilierten Erica Albisser steigt das Forum**

**Oberägeri mit Cornelia Mayinger und Andreas Kuhn, beide neu, in die Kantonsratswahlen. Unbestritten dürfte die Wiederwahl von Marianne Weber in den Gemeinderat sein. Die drei KandidatInnen stellen sich vor ...**

**Cornelia Mayinger, Kantonsratskandidatin, neu**

*Geb.: 1960; Ethnopsychologin; in Ausbildung an der Hochschule Kunst und Gestaltung in Luzern als Kulturmanagerin; verheiratet, 1 Tochter.*

Bei der Anfrage für die Kantonsratswahlen wurde mir schmerzlich klar, dass das Massaker in Zug die Reihen weiterlichtet. Einer Kandidatur habe ich zugesagt, weil ich Verantwortung mittragen möchte.



Ich beschäftige mich mit Kultur,

Migration und Integration. So engagiere ich mich in der Asylbrücke Zug, in der Internationalen Frauengruppe Zug und bin mit einer 50%-Stelle als Beauftragte für Migrationsfragen für HEKS in der Zentrale in Zürich tätig. Daneben führe ich mein eigenes Büro für Kulturmanagement und beschäftige mich vor allem mit interkulturellen Fragen und Projekten. Mit meinen Themen bewege ich mich an den Rändern der schweizerischen Gesellschaft, da, wo es mit dem Blick über den Gartenhag spannend wird. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass Integration als gesamtgesellschaftlicher Prozess verstanden und gelebt wird.

**Andreas Kuhn, Kantonsratskandidat, neu**

*Geb.: 1963; Sozialpädagoge; Präsident Forum Oberägeri; Single; «Wenn ich Zeit hätte, wäre ich viel in den Bergen ...».*

Zusehen und nichts tun? Das ist nicht meine Art. Wenn etwas ansteht und ich dazu etwas beitragen kann, dann tue ich das. In der Politik auch.



Es gibt verschiedene laute und verschieden orientierte Richtungen in der Politik.

Mich zieht es in die Richtung grünsozial. Die anderen sind genug laut.

Die Natur schreit auch manchmal, zum Beispiel bei Unwettern, aber normalerweise muss man genau hinhören, um sie zu verstehen.

Die Benachteiligten schreien oft, aber wer hört sie? Ihr Schrei wird in einen sachlichen Bericht gepackt oder in eine Pressemeldung. Aus dem Leid anderer leiten wir ab, dass es uns gut geht. So funktioniert die Welt.

Mani Matter sang einmal «was aber nid geit, ohni dass es dene weniger guet geit, wos guet geit». Gerechtigkeit heisst: besser verteilen. Im Kantonsrat wurden in letzter Zeit einige Themen besprochen, in denen es um Verteilung ging. Da sehe ich mein Wirkungsfeld.

**Marianne Weber, Gemeinderätin, bisher**

*Geb.: 1949; Bibliothkarin; verheiratet, 3 erwachsene Kinder.*

Als politische Quereinsteigerin wurde ich vor vier Jahren für das Forum in den Gemeinderat gewählt



und übernahm das Ressort Soziales. Schnell habe ich gespürt, dass Offenheit für Neues, Bereitschaft zum Lernen und Zuhören, und

immer wieder Mut über den eigenen Schatten zu springen, ebenso wertvolle Voraussetzungen sind für die politische Arbeit, wie etwa langjährige Kommissions- oder Parteitätigkeit.

Wenn sich Gemeinderäte über etwas nicht beklagen können, dann ist es mangelnde Abwechslung: die Vielfalt der Tagesgeschäfte, Entwicklungsplanung, Realisieren von Infrastrukturen, Reorganisation der Verwaltung, Öffentlichkeitsarbeit und natürlich das Führen des eigenen Ressorts. Besonders spannend war die Erarbeitung des Konzepts für die Öffentlichkeitsarbeit. Die Gemeinde hat nun ein einheitliches Erscheinungsbild, einen gelungenen Internetauftritt und das regelmässige Infoblatt für die Bevölkerung.

Zur Sozialabteilung gehört die Umsetzung des neuen Spitalgesetzes. Neu sind die Gemeinden für die ambulante und stationäre Langzeitpflege verantwortlich.

Viele Probleme lassen sich nicht so einfach lösen, es braucht dazu den politischen Willen und die sachbezogene Diskussion aller Mitglieder des Gemeinderates. Diese fruchtbare Zusammenarbeit war bei uns in den letzten vier Jahren möglich, darum bin ich gerne bereit, eine weitere Amtszeit mitzugestalten und mitzutragen. ■



# «Lösungen miteinander suchen, zuhören, aufeinander eingehen»

**Josef Marty ist nicht mehr vom politischen Leben in Menzingen wegzudenken. Er kandidiert erneut für den Kantonsrat. Pia Rhyner, die soziale Powerfrau und Quereinsteigerin, kandidierte 1998 für die FW Menzingen, zusammen mit den beiden bisherigen FW-Gemeinderäten Herbert Zürcher und Seby Elsener auf einer Dreierliste. Damals nicht gewählt, erklärte sie sich im Frühling 1999 bereit zum Nachrücken, als die beiden FW-Gemeinderäte unter anderem wegen wiederkehrender Probleme in der Zusammenarbeit des Gemeinderates den Rücktritt gaben.**

## **Pia Rhyner: aktiv für die Gemeinde**

*Pia Rhyner, geb. 1951, Familienfrau, zwei «jugendliche Kinder», seit 16 Jahren in Menzingen wohnhaft. Fussball-Junioren-Trainerin beim SC Menzingen. Gemeinderätin der FW Menzingen, Präsidentin der Elterngruppe.*

In die Politik eingestiegen bin ich über meine Arbeit in der Elterngruppe Menzingen, wo ich mich vor allem für die familienergänzende Kinderbetreuung einsetzte. Zudem war ich vier Jahre in der Sozial/Jugendkommission der



Gemeinde tätig und leiste Öffentlichkeitsarbeit in verschiedenen Vereinen. Mein Interesse liegt im sozialen und kulturellen Bereich. Ich bringe mein Wissen und Können gerne für die Gemeinde ein.

Von heute auf morgen wurde ich 1999 Vorsteherin der Volkswirtschafts- und

Sicherheitsabteilung, setzte mich mit Zivildienst und Feuerwehr auseinander. Ich habe Neues dazu gelernt und diese Arbeit mit Engagement und Freude erledigt.

Am Aufreibendsten war während dieser Zeit die Zusammenarbeit im Gemeinderat. In meinem Tätigkeitsfeld erfreulich war der Zusammenschluss des Zivilschutzes, die Präsentation der Gemeinde Menzingen an der letztjährigen Herbstmesse, die Schaffung der Kulturkommission. Spannend finde ich zur Zeit meinen Einsatz als OK-Chefin im Projekt «verBUNDen», zur 650-Jahr-Feier des Kantons Zug. Ich bin eher eine handelnde Frau, als dass ich lange Diskussionen führe. Ich wirke aktiv mit, an der Front.

Im Herbst kandidiere ich erneut, weil ich Gelerntes weiter einbringen möchte. Es wird im nächsten Jahr ein neues Gemeinderats-Team geben, und darauf setze ich grosse Hoffnungen. Unsere Liste ist noch nicht bereinigt. Gerne würde ich auf einer Zweierliste kandidieren. Dazu laufen bei uns noch interne Gespräche. Ich bin sehr gespannt auf die Wahlen.

## **Josef Marty: aus Erfahrung nach vorne schauen**

*Josef Marty, geb. 1943, Real- und Berufswahllehrer, Familie mit zwei erwachsenen Töchtern, engagierter Grossvater, seit 1966 in Menzingen.*

*Kantonsrat FW, Mitarbeit in diversen gemeindlichen und kantonalen Kommissionen.*

Vier Jahre im Kantonsparlament, «parla-



der vorbei. Auch miteinander? War es das Kommunikative, sich einander anzunähern oder war es die schicksalhafte Verbundenheit

des schrecklichen 27. September 2001? Wohl eher beides, so dass ich heute politische Debatten, auch wenn die Standpunkte manchmal konträr sind, nicht mehr so sehr als Gegeneinander empfinde, sondern als wechselseitiges Bemühen, um das Wohl aller.

Was wichtig ist, auch politisch, wurde mit einem Schlag in ein anderes Licht gerückt. Unter welchem Stern wir an dieser Septembersitzung tagten, bleibt mir wohl immer ein Geheimnis, weckt in mir aber gleichzeitig ein Gefühl der Verpflichtung, da zu sein, wenn es mich braucht. Der viel gehörte Ausspruch, es werde nie mehr sein wie vorher, ist für mich nicht allein reale Tatsache, sondern drängt mich, entsprechend zu politisieren, neue Lösungen vermehrt miteinander zu suchen, einander zuzuhören, aufeinander zu- und einzugehen und dann demokratisch zu entscheiden.

Ich vertrete auf der linken Seite, mit den Alternativen, die Anliegen der sozial und gesellschaftlich Schwächeren. Meist sind diese zugleich auch Minderheiten und es ist darum eher schwierig, deren Anliegen durch zu bringen. Doch statt dafür einen Kampf zu führen, scheint es mir wichtiger, Verständnis zu gewinnen und so Etappenziele zu erreichen.

Wir sind in einem Wahljahr und da erlaube ich mir ein paar grundsätzliche Fragen. Warum ein Wahl-Kampf? Warum nicht einfach eine faire Auswahl? Warum mit kämpferischen Mitteln zum Wahlkampf rüsten? Braucht es nicht sehr viel, um danach wieder abzurüsten? Würden wir das zuvor bedenken, wir könnten viel Kraft sparen, um besser und einander achtend zu politisieren, in einer guten Streitkultur. Noch ist Zeit dazu, nutzen wir sie. ■

# Erfolge und Misserfolge



**Erfolg für die alternative Fraktion: das familienergänzende Kinderbetreuungsangebot wird ausgebaut.**

**Familienergänzende Kinderbetreuung, Gleichberechtigung der Religionen, die Swiss-Beteiligung und Schulprobleme gehörten zu den alternativen Hauptthemen in den drei Frühlingsmonaten.**

**Von Josef Lang, SGA-Kantonsrat der Alternativen Fraktion, Zug  
Bild Arlene Wytenbach**

Im Mittelpunkt der Sitzung des Kantonsrates, der am 23. März genau ein halbes Jahr nach dem Blutbad tagte, standen etwas Trauriges, das Massaker in Nanterre, und etwas Erfreuliches: die Teilnahme von Anne Ithen.

Anne konnte erleben, wie die Motion von Manuela Weichelt-Picard für die Unterstützung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten familienergänzenden Kinderbetreuungsangebots ganz und Anna Lustenbergers Vorstoss für ein familienfreundliches Zuger Modell teilweise erheblich erklärt wurden.

Die beiden von sozialdemokratischen und bürgerlichen Frauen mitgetragenen Entscheide wie auch die kürzlich positiv verlaufenen Abstimmungen über die Fristenregelung und die Abtreibungsverbots-Initiative zeigen, dass urfeministische Anliegen inzwischen mehrheitsfähig geworden sind. Die SVP, welche die Ausweitung des Kinderbetreuungsangebots bremsen wollte, indem sie die entsprechende Kompetenz den Gemeinden zuwies, unterlag mit 62:10 Stimmen sehr deutlich.

## **Mandats- statt Kirchensteuer**

Noch keine Chance hatte mein von alternativen und freisinnigen KollegInnen mitunterzeichneter Vorstoss für die Ersetzung der Kirchensteuer durch eine Mandatssteuer und die Gleichberechtigung der Religionsgemeinschaften. Vor allem die CVP lief Sturm gegen dieses ur-liberale Anliegen. Dass es nur von einer Minderheit der FDP unterstützt wurde, zeigt, wie weit sich diese Partei von ihren Gründungszeiten entfernt hat. Ich werde die beiden Anliegen in getrennter Form wieder bringen. Es ist eine Zumutung, dass Firmen wie jene von Marc Rich, mit denen ich bekanntlich nicht besonders eng verbunden bin, gezwungenerweise den beiden offiziellen Landeskirchen eine Steuer entrichten müssen. Allerdings ist eine ersatzlose Befreiung von der Kirchensteuer auch falsch, weil die Kirchen sozial und kulturell sinnvolle Beiträge leisten. Eine Mandatssteuer würde es den natürlichen und juristischen Personen ermöglichen, die entsprechende Steuer einer anerkannten Religionsgemeinschaft oder einem Hilfswerk zu widmen. Allerdings ist es nötig, die Anerkennung von Religionsgemeinschaften über die christlichen Kirchen hinaus auszuweiten. Gerade gegenüber den Moslems wäre das eine Einladung zur Integration.

## **Härtefonds statt Swiss-Aktien**

Das Hauptthema an der Sitzung vom 25. Mai war die Swiss-Beteiligung. Wie im letzten BULLETIN (Nr. 1, März 2002) un-

ter dem Titel: «Solidarität mit Maschinen oder mit Menschen?» zu lesen war, waren in der 15köpfigen Kommission 7 Mitglieder für einen Gegenvorschlag. Es ist sinnvoller und sozialer, die 2,337 Millionen einer Stiftung für Härtefälle zur Verfügung zu stellen. Es war den beiden Alternativen gelungen, fünf Bürgerlichen (2 SVP, 1 FDP, 1 CVP) von unserer Alternative zu überzeugen. Im Kantonsrat, dessen Mitglieder in den Fraktionen bearbeitet worden waren, schrumpfte dann die knappe Kommissionsminderheit zu einer klaren Parlamentsminderheit: Nur 20 von 71 Stimmenden waren gegen die Swiss-Beteiligung. Manuela Weichelt-Picards Antrag auf ein Behördenreferendum hatte keine Chance. Wegen unserer Belastung durch den Abstimmungskampf gegen die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten sowie durch eine gemeinsam mit der SP geplante Volksinitiative zur Verbilligung der Krankenkassenprämien haben wir – im Unterschied zur SVP – auf ein Referendum verzichtet. Im Abstimmungskampf, der Ende November stattfinden dürfte, werden wir uns trotzdem für ein Nein zu den Aktien und für die Härtestiftung stark machen.

Einen starken Auftritt hatte am 23. Mai die Neukantonsrätin Erwina Winiger. Sie kritisierte die Antwort der Bildungsdirektion auf eine Interpellation Eder zur Frage einer Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs als schönfärberisch. Weiter warf sie der Bildungsdirektion vor, zu wenig basisnah zu amten. Die geplanten Entlastungsmassnahmen für die Oberstufe bezeichnete Erwina als «absolut ungenügend». ■



# 1.-Mai-Fest im Zeichen der Solidarität



Regierungsrätin Brigitte Profos.



Jey Aratnam Gangan, Delegierter des Intergrationsnetz Zug.



Sybilla Schmid vom Gewerkschaftsbund.



Marianne Zehnder, Gemeinderätin SGA und Stadtratskandidatin.



# Guter Start der neuen Schlichtungsstelle

Im BULLETIN Nr. 1 vom März 2002 bedauerte Bruno Bollinger, der Präsident des Gewerkschaftsbundes, dass der Kantonsrat kein Arbeitsgericht einführen wolle. Seit dem 1. Januar 2002 wird nun bei arbeitsrechtlichen Streitigkeiten vorerst eine Einigungsverhandlung bei der Schlichtungsstelle durchgeführt. Die beiden neu eingesetzten Schlichter berichten über ihre Erfahrungen.

Von Matthias Michel und Andreas Derungs, Schlichter der Schlichtungsstelle für arbeitsrechtliche Streitigkeiten

«Der soll sich zuerst für seine ungebührlich verletzenden Äusserungen entschuldigen», so die Forderung eines Arbeitgebers kürzlich in einer Schlichtungsverhandlung. Diese Entschuldigung, integriert in den Gesamtvergleich, ebnete den Weg für eine auch für den Arbeitnehmer befriedigende finanzielle Entschädigung. Ein anderer Fall: Per Handschlag und mit der Übergabe von 150.50 Franken an den Arbeitnehmer endete eine Verhandlung um komplizierte Überstundenberechnungen. Diese Beispiele aus dem Alltag der Schlichtungsstelle zeigen die Chancen, die mit dieser vorgerichtlichen Einigungsverhandlung genutzt werden können.

## Zuger Schlichtungsmodell

Auch in anderen Kantonen führen die Richter häufig erfolgreiche Vergleichsverhandlungen durch. Doch in diesem Zeitpunkt ist der Prozess bereits beim Gericht hängig: Sowohl die Parteien als auch

das Gericht haben schon relativ viel Zeit und Geld in das Verfahren investiert. Anders nun im Kanton Zug: Ein Antrag mit einer kurzen Begründung genügt, damit eine Schlichtungsverhandlung angesetzt wird. Die andere Partei erhält Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme. Kurze Zeit später findet die Verhandlung statt, an welcher die gegensätzlichen Standpunkte ausgetauscht werden, ohne dass förmliche Parteibefragungen und Protokollierungen stattfinden. Dadurch können sich die Parteien frei äussern, was um so mehr möglich ist, als der Schlichter kein Urteil fällen wird. Seine Funktion beschränkt sich auf die Gesprächsführung und den Einigungsvorschlag. Dieses Schlichtungsverfahren ist ein Novum in der schweizerischen Verfahrenslandschaft, weshalb die entsprechenden Erfahrungen über die Kantonsgrenzen hinaus von Bedeutung sein dürften.

## Erste Erfahrungen

Bisher sind rund hundert Gesuche bei der Schlichtungsstelle eingegangen. In zwei Drittel aller Fälle konnte am Ende der Verhandlung eine Einigung erzielt werden. In den anderen Fällen steht der Weg ans Kantonsgericht offen, wobei auch hier mehrere Fälle bekannt sind, in welchen die Parteien sich nachträglich noch im direkten Gespräch auf den ur-

sprünglichen Vorschlag des Schlichters haben einigen können. Dies ist ein Indiz dafür, dass diese Einigungsverhandlung auch die Gesprächsbereitschaft der Parteien erhöht und oftmals erst ermöglicht. Deshalb ist auch die persönliche Anwesenheit der zerstrittenen Personen unabdingbar. Diese dürfen sich jedoch durch Verwandte, Rechtsanwälte oder Vertreter der Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerorganisationen begleiten lassen. Was sich nicht in Zahlen messen lässt, ist die oft spürbare Dankbarkeit der Parteien für diese Verhandlungsgelegenheit.

## Ziele erreicht

Aufgrund dieser Erfahrungen lässt sich sagen, dass die mit dieser Schlichtungsstelle angestrebten Ziele erreicht werden können: Die Gerichte werden entlastet, und die Konfliktparteien profitieren von einem schnellen, kostenlosen Einigungsverfahren unter fachkundiger neutraler Leitung. Es ist somit ein niederschwelliges Angebot für eine Konfliktlösung. Dass die Schwelle für die Verfahrenseinleitung tief ist, kommt insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugute. Und den Gewerkschaften steht das Verfahren durch die erwähnte Möglichkeit der Verbeiständung offen. Es erstaunt deshalb nicht, dass gerade von Arbeitnehmerseite deutlich mehr Begehren eingehen als noch in den letzten Jahren, wo für jedes Anliegen direkt mittels Klage ein Gerichtsverfahren eingeleitet werden musste. ■

Schlichtungsstelle für  
arbeitsrechtliche  
Streitigkeiten,  
c/o Kantonsgerichtskanzlei  
Postfach 760,  
6301 Zug



Die Schlichter: Matthias Michel (links), Andreas Derungs.

# Für eine nachhaltige Bildungspolitik



**Reformbedarf macht auch vor dem Zuger Schulwesen nicht Halt. Die Frage ist nur, mit welchen Zielvorgaben, Kombinationen, Begleit- und Evaluationsmassnahmen der Umbruch stattfindet. Toni Kleimann, der zusammen mit Hanspeter Uster auf der alternativen Liste für den Regierungsrat kandidiert, äussert Zweifel, ob das laufende Reform-Menü schulverträglich ist.**

**Von Toni Kleimann  
Bild Toni Kleimann**

Es kommt sicher nicht von ungefähr, wenn Bildungsdirektor Walter Suter für seine voraussichtlich letzte Amtsperiode ein neues Betätigungsfeld innerhalb der Regierung sucht. Zu offensichtlich häufen sich in letzter Zeit Krisensymptome im Verhältnis zwischen oben und unten, zwischen behördlicher Führung und Basis. Wenn die Lehrerschaft zum Mittel öffentlicher Demonstrationen greift, hat die Arbeitsunzufriedenheit in der Lehrerschaft einen kritischen Punkt erreicht. Sie entspringt einem Ohnmachtsgefühl gegenüber dem Auseinanderdriften von Ansprüchen und Erfüllungsmöglichkeiten.

Fatal wird es, wenn die pädagogische Motivation darunter leidet. Wir wün-

schen nicht nur deshalb engagierte und sich mit ihrer Aufgabe identifizierende Lehrpersonen, weil das ihren jeweiligen Schulklassen zugute kommt, sondern auch, damit sie ihre Fach- und Mitsprachekompetenz auf hohem Niveau halten können. Nur in einer konstruktiven Wechselwirkung von hochfliegenden Reformplänen und fundierter Praxiserfahrung kann sich der Entwicklungsprozess auf ein Optimum einpendeln.

## Referat zum Thema Schule

An der Regierungsrats-Nominationsversammlung von SGA und Alternativen vom 13. Juni in Zug, hielt ich ein Referat zur Schul- und Bildungspolitik. Nachfolgend möchte ich Auszüge dieser Rede auch den BULLETIN-Leserinnen und -Lesern präsentieren:

«Ich stehe hier nicht etwa als Lehrer sondern als Aspirant für den Regierungsrat mit einem schielenden Blick auf die Bildungsdirektion. Einerseits hat dies naturgemäss mit meiner bisherigen beruflichen Tätigkeit zu tun, andererseits werden aber auch gerade in der Volksschule die gesellschaftlichen Veränderungen in einem frühen Stadium sichtbar: Die Temperaturschübe in der Schule sind in einem gewissen Sinne das Barometer der Befindlichkeit einer Gesellschaft. Aus dieser Sensibilität meinerseits entspringt auch mein Engagement

in und für die Politik. Eine breite Palette politischer Themen ist für mich deshalb von Bedeutung und auch von Interesse. Dies wurde, so denke ich, auch in meiner achtjährigen Tätigkeit im Kantonsrat erkennbar.

## Naturheilmittel statt Hightech-Medizin für die Patientin Volksschule

Bildungspolitik und/oder Schulpolitik sind trotz aller gegenteiligen Beteuerungen von Parteien und Behörden auf der Diskussions-Agenda im hinteren Mittelfeld angesiedelt. Dies obwohl für die Volksschule in Kanton und Gemeinden viel Geld ausgegeben wird. Im gesamtschweizerischen Vergleich betreibt Zug den zweithöchsten finanziellen Aufwand pro Schulkind. Die Permanenz der vertieften Diskussion vermisse ich auch in den Medien. Ich will versuchen, mit meiner Kandidatur diesen Diskurs um die «gute Schule» etwas anzutreiben.

Was die Gesellschaft schon lange bräuchte, ist meines Erachtens für die staatliche Schule überlebenswichtig: eine vertiefte Innensicht und damit verbunden eine Wertediskussion. Was die Schule im Kanton Zug braucht, ist ein selbstkritischer Dialog zwischen Behörden und Lehrerschaft, durch den wieder Vertrauen einkehren kann. In Abwandlung eines Wortes des grossen deutschen Pädagogen Hartmut von Hentig möchte ich die Politik aufrufen, die Lehrerinnen und Lehrer zu stär-



### Schule und Gesellschaft brauchen eine vertiefte Innensicht und Wertediskussion.

ken und die Sachen in der Schule neu zu klären. Übergrosse Erwartungshaltungen ans Personal blockieren und lassen auch gut gemeinte Vorhaben scheitern.

#### Schein statt Sein

Was wurde in den vergangenen Jahren am äusseren Erscheinungsbild der Schule nicht alles herumgedoktert? Und das soll nach den Vorstellungen der heutigen Bildungsdirektion munter so weitergehen! Auffallend viele Reformen stehen unter dem Fokus: Nicht das Resultat des Unterrichtes steht im Mittelpunkt, sondern die Strukturen, Methoden, Leitideen, die Beurteilung, das Schulprofil usw. «Qualitätsentwicklung» als Schlagwort aus der neoliberalen Wirtschaftsrhetorik vermag schon längst nicht mehr den realen Qualitätsverlust eines grösser werdenden Teils der SchulabgängerInnen zu kaschieren.

#### 7 zentrale Themenbereiche

Meine langjährige Erfahrung als Schulpraktiker, vier Jahre davon als Prorektor, veranlassen mich immer wieder, Ansprüche an die Schule und ihre Umsetzungsmöglichkeiten zu analysieren. Die gewonnenen Erkenntnisse fasse ich in folgende Hauptpunkte zusammen:

1. Es braucht eine seriöse Debatte darüber, was die Volksschule zu lehren hat. Dabei ist der Blick auf das Wesentliche zu

schärfen und nach dem Motto «weniger ist oft mehr» zu verfahren. Bei der aktuellen Diskussion um die Einführung von Fremdsprachen unterstütze ich das Projekt Englisch ab der 3. Primarklasse. Ich bin aber dezidiert gegen das sogenannte Frühfranzösisch ab der 5. Primarklasse und plädiere für eine Rück-Verschiebung in das 7. Schuljahr. Eine Fremdsprache in der Primarschule genügt. Dafür sind höhere Kompetenzen in Deutsch anzustreben.

2. Die Schulprofis, das heisst die Lehrerinnen und Lehrer, müssen sich wieder engagiert in diese Debatte einmischen. Ohne eine vertiefte breite Diskussion unter und mit den Fachleuten geht es nicht. Dies haben die 90er-Jahre bis heute zur Genüge gezeigt. Die innere Emigration vieler Lehrpersonen ist bedeutend grösser, als es die zahlreichen Nichtpraktiker mit juristischen oder anderen Hintergründen mit so viel Besserwisseri wahrhaben wollen. Es macht wenig Sinn, einer Flasche, die bis zum Rand gefüllt ist, noch mehr Flüssigkeit zuschütten zu wollen. Auch dies hat mit Respekt im Umgang mit ArbeitnehmerInnen zu tun.

3. Es braucht den wohlmeinenden, aber auch fordernden Lehrer, der sich wieder auf sein Kerngeschäft das «Unterrichten» und das «erzieherische Begleiten» konzentrieren soll.

4. Wo die Integration fremdsprachiger oder lernschwacher SchülerInnen Schwierigkeiten verursacht, braucht es das entsprechende Instrumentarium in Form von genügend Klassenassistenten und Schul-Sozialpädagogen, wie wir dies beispielsweise in Cham erfolgreich nutzen dürfen.

5. Bildungsdirektion und Erziehungsrat müssen den Kontakt zur Basis intensivieren. Ein ständiger Dialog schafft auf beiden Seiten Vertrauen und ist Voraussetzung für Engagement und Qualitätsentwicklung, um diesem Wort noch einmal die Referenz zu erweisen.

6. Die Lehrerinnen und Lehrer müssen wieder Klarheit darüber haben, was ihre SchülerInnen am Ende eines Schuljahres an Sachkompetenz vorweisen sollten. Gewisse Lehrpläne lesen sich heutzutage wie literarische Science-Fiction-Romane. Lernziele müssen unmissverständliche Aussagekraft haben.

7. Die Erreichung solcher Lernziele muss am Ende eines Schuljahres überprüfbar sein. Ein sinnvolles Controlling ist einzuführen.»

Meine Kandidatur wird dazu beitragen, dass im Vorfeld der Erneuerungswahlen für den Regierungsrat bildungspolitische Themen wieder mehr Gewicht erhalten.» ■

# Tierliebe und Judenhass

**Im vergangenen Mai erschien in einer Auflage von 2,6 Millionen eine Hochglanzschrift des Vereins gegen Tierfabriken zum Thema Schächten. Es handelt sich um ein knallhartes antisemitisches Pamphlet.**

**Von Josef Lang  
Bild Martin Stuber**

Mitte März 2002 gab das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement bekannt, es trete von seinem Vorhaben zurück, das Schächtverbot im Tierschutzgesetz zu lockern. Dieser seit Monaten absehbare Rückzieher scheint die VerbotsbefürworterInnen ermuntert zu haben, noch weiter zu gehen: Der Schweizerische Tierschutz lancierte im Januar eine Initiative, welche auch den Import von koscherem Fleisch verunmöglichen will. Erwin Kesslers Verein gegen Tierfabriken (VgT) doppelte Ende März nach mit einem Volksbegehren, welche zusätzlich das Schächten von Geflügel verbieten will.

## 1893 per Volksinitiative verboten

Das Schächtverbot war am 20. August 1893 die erste Volksinitiative, die überhaupt zur Abstimmung kam und eine der einzigen, die vom (Männer-)Volk angenommen wurde. In der in dieser Frage üblichen Vermischung von Tierliebe und Judenhass dominierte damals eindeutig das zweite Motiv. Bei der Auseinandersetzung, welche die Schweiz Ende letzten und Anfang dieses Jahres erlebte, hat der Tierschutz zwar eine wichtigere Rolle gespielt.

## Angst vor Schmutzkampagne

Aber die Angst vor einer Zunahme des Antisemitismus war letztlich entscheidend, dass der Bundesrat im Einvernehmen mit dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG) einen Rückzieher machte.

Zu was für einer Schmutzkampagne ein Teil der TierschützerInnen bereit und fähig ist, illustrieren zahlreiche Leserbriefe und Kesslers «VgT-Nachrichten», aber auch subtilere Antisemitismen von offiziellen Tierschutz-Funktionären. In dem mit abschreckenden Schächtszenen aufgemachten 32-seitigen VgT-Pamphlet stehen Foto-Legenden wie: «Jüdisches Schächten eines Schafes. Der sadistische religiöse Fanatiker grinst dazu. So mögen Nazi-Schergen beim Foltern von KZ-Häftlingen grinst haben.» Systematisch werden Tiere den Menschen und das Schächten der Shoa gleichgesetzt. Hat Kessler bei der orthografischen Fehlleistung «saddistisch» zusätzlich an Saddam Hussein gedacht? Wie eine braune Linie zieht sich das jahrhundertalte Stereotyp von den allmächtigen Juden durch die Hetzschrift: «Der bekanntlich durch jüdische Kreise leicht erpressbare Bundesrat will das Schächtverbot für Säugetiere aufheben». Oder: «Die lauteste Stimme für das Schächten im Bundesrat kommt von der sozialdemokratischen Jüdin Ruth Dreifuss.» Die VgT-kritische Haltung der NZZ findet eine einfache Erklärung: «Des Rätsels Lösung: Der Chef der NZZ-Inlandredaktion ist Jude.» Gemeint ist damit jener Max Frenkel, der in den letzten Jahren zu den schärfsten Kritikern des Jüdischen Weltkongresses und der Bergier-Kommission gehörte.

## Weder Schulterchluss noch Debatten

Der Rückzug des Bundesrates ist nachvollziehbar und trotzdem bedauerlich.

Erstens kann sich aufgrund der Umstände die jüdenfeindliche Minderheit unter den Tierschützern als Siegerin fühlen. Zweitens verhindert er einen Schulterchluss zwischen muslimischen und jüdischen Menschen mit Angehörigen der «Mehrheits»-Kulturen. Ein solcher wäre angesichts der Spaltungen und Spannungen, welche der Nahost-Konflikt schafft, besonders wichtig gewesen. Drittens kommt der offizielle Schweizer Tierschutz um die Beantwortung der Frage herum, warum er das «christliche» Jagen duldet, obwohl die angeschossenen Tiere



**Von der SGA organisierte Mahnwache gegen Besetzung und Krieg in Israel / Palästina vom 25. April: Die richtige und wichtige Kritik an der israelischen Politik muss sich verbinden mit der Bekämpfung von jeglichem Antisemitismus.**

zuvor auch nicht betäubt werden, und den jüdischen und muslimischen Minderheiten die Einfuhr von koscherem Fleisch verbieten will. Und viertens findet die Grundsatzdebatte über eine Güterabwägung zwischen Religionsfreiheit und Tierschutz nicht statt. Gerade unter uns Grünen und Alternativen wäre dies spannend gewesen. ■

*Buchhinweis: Pascal Krauthammer, Das Schächtverbot in der Schweiz. Die Schächtfrage zwischen Tierschutz, Politik und Fremdenfeindlichkeit, Zürich 2000.*

# Integration statt Vorurteile



**Es gibt Zuger Reinigungsfirmen, welche ihren weiblichen Angestellten das Tragen eines Kopftuchs verbieten. Und es gibt Gläubige, die ihre Abendgebete über wummernden Disco-Beats verrichten müssen. Daneben gibts noch die, die weder mit Kopftuch noch mit Beten etwas am Hut haben und sich trotzdem anti-islamische Sprüche gefallen lassen müssen. Was läuft falsch?**

**Von Gisela Hürlimann,  
Integrationsnetz Zug  
Bilder Fotocrew Integrationsnetz Zug**

Zugegeben: Nur eine Minderheit aller Muslime und Musliminnen im Kanton Zug, ein Insider schätzt gut zehn Prozent, eckt an, weil sie mit religiöser Begründung den Schleier trägt, ihre Töchter nicht in den Schwimmunterricht schickt oder einen Teil ihrer täglichen fünf Gebete auch am Arbeitsplatz verrichten möchte. Die Mehrheit setzt sich zusammen aus Menschen, welche eine mehr oder weniger «liberale» Glaubensauffassung praktizieren oder gar keine. Von «den» MuslimInnen zu sprechen ist also unmöglich: Zu verschieden sind ihre nationalen, kulturellen und religiösen Hintergründe: Während im laizistischen türkischen Staat im öffentlichen Dienst und in der Politik das Verbot des Schleiertragens gilt, dürften manche afrikanischen oder nahöstlichen EinwandererIn-

nen Mühe haben, in den türkischen, bosnischen oder albanischen Frauen hierzulande überhaupt echte Musliminnen zu erblicken. Nicht zu sprechen von den Welten, welche die sunnitische Mehrheit von der alawitischen Minderheit – vor allem KurdInnen – trennen. Diese Heterogenität möchten wir mit unserem ersten Projekt, den Ansichtskarten und Posters mit Portraits von Zuger Musliminnen und Muslimen, dokumentieren. Den kollektiven Imaginationen des Muslims /der Muslima, allenfalls gar verzerrt-verdichtet im Bild des islamistischen Terroristen und der unter einer Burka gefangenen Afghanin, sollen reale Bilder unserer NachbarInnen gegenüber gestellt werden.

## **Zur kritischen Reflexion auffordern**

Viele dieser Portraits zeigen Jugendliche. Denn Immigration ist eine «jugendliche» Angelegenheit. Die jugendlichen MigrantInnen von heute sind – hoffentlich, teilweise – die Schweizer StaatsbürgerInnen von morgen. Bis dahin erfahren sie sich oft als machtlos, auch wenn manche von ihnen noch so mächtig und noch so breitpurig im öffentlichen Raum auftreten. Wir fordern sie auf: Schreibt euch euren Frust von der Seele auf ein Weltformat-Plakat, das mit vielen anderen in Zug, Baar, Cham usw. aufgestellt wird. Eingeladen zu diesem Plakatworkshop, der vom 6. bis 11. August auf der Zuger Rössliwiese stattfindet, sind auch nicht-muslimische ausländische und Schweizer Jugendliche, die sich kri-

tisch mit Rassismus und Vorurteilen – auch von MigrantInnen gegenüber SchweizerInnen oder von Türken gegen Albaner und umgekehrt – auseinandersetzen wollen.

## **Anerkennung der Religionsgemeinschaft**

Zur Debatte steht bekanntlich, ob der Islam im Kanton Zug als Religionsgemeinschaft anerkannt werden soll. Welche Voraussetzungen hätte ein solcher Akt – können und wollen sich die verschiedenen islamischen und Migrantengruppen überhaupt auf eine Art Dachorganisation einigen? – und welche Folgen? Sollte dem Staat und den beiden christlichen Kirchen daran gelegen sein, einen integrativen, multi-ethnischen und sich der Auseinandersetzung mit den westlichen Werten stellenden islamischen Religionsunterricht zu unterstützen statt ihn der Privatinitiative der jeweiligen Vereine zu überlassen? Diese und andere Fragen wollen wir mit Fachleuten und Betroffenen an unserer 6. öffentlichen Podiumsdiskussion erörtern. Die Diskussion findet als Baustelle Nr. 5 der Veranstaltungsreihe zur Sonderausstellung zur Feier, welche sich der Suche nach «Identität» verschrieben hat, statt. Einige unserer muslimischen Nachbarinnen und Nachbarn besitzen bereits den Schweizerpass. Nur folgerichtig also, dass sie sich auch an staatspolitischen Debatten und Feiern beteiligen. ■

*Projektserie 2002: s. Veranstaltungskalender Seite 31.*



# Abstimmung mit Signalwirkung

Am 22. September findet endlich die vom Bundesrat über ein Jahr verschleppte Abstimmung über das Elektrizitätsmarktgesetz des Bundes (EMG) statt. VPOD und SMUV, Kantonalparteien von SP und Grünen und alternative Gruppierungen (Alliance de Gauche, Alternative Liste Zürich, SGA etc.) haben dagegen das Referendum ergriffen. Erstmals kommt es damit schweizweit zu einem Plebiszit über Deregulierung und Privatisierung.

Von Niklaus Scherr, Gemeinderat  
Alternative Liste Zürich  
Bild BULLETIN-Archiv

Worum geht es beim EMG? Das EMG will die Versorgungsmonopole der öffentlichen Hand brechen. Innert sechs Jahren soll jeder und jede seinen Stromlieferanten frei wählen können. Produktion, Handel und Endverteilung werden vollständig dem Markt geöffnet, nur für den Netzbereich als natürlichem Monopol sind gewisse Regulierungen vorgesehen (Durchleitungspflicht, Preisüberwachung). Das EMG ist ein Stück «autonomer» Nachvollzug der EU-Richtlinie 96/92/EG, die vorsieht, die nationalen Strommärkte bis im Jahr 2003 für Grosskunden (35% des Verbrauchs) zu öffnen.

## Strommarkt-Öffnung ist kein Bedürfnis ...

Sicher hat das heutige System seine Schwächen (z.B. die verfehlte AKW-Politik), aber insgesamt hat es zu einer sicheren und – vor allem für die Haushalte – preisgünstigen Versorgung geführt. Für einen Systemwechsel besteht keine Notwendigkeit. Das bestätigt auch die gfs-Nachbefragung nach dem Zürcher Nein zur Privatisierung des kantonalen EKZ. Zwei Drittel der Befragten wollen weiter-

hin von ihrem EW beliefert werden; sie haben keinen Bedarf, dem Strom nachzurrennen und diesen «einzukaufen».

## ...und gefährdet Versorgungssicherheit

Der Markt kann die Versorgungssicherheit mit Strom nicht gewährleisten. Denn dafür braucht es in der Produktion und im Verteilnetz jederzeit genügend Reserven. Im freien Strommarkt gelten diese jedoch als negativer Kostenfaktor. Attraktiv ist es dagegen – Kalifornien zeigt es – Anlagen vom Netz zu nehmen oder ihre Leistung bewusst herunterzufahren, um über eine Angebotsverknappung happige Preissteigerungen durchzudrücken. Die Renditezwänge des Marktes führen zudem zur Vernachlässigung des Netunterhalts und der Betriebssicherheit, namentlich bei Atomkraftwerken und dies alles ist verbunden mit Entlassungen des entsprechenden Fachpersonals.

## Deregulierung nützt Grossverbrauchern

In einem offenen Strommarkt sind vor allem die Grossbezüger als Abnehmer attraktiv. Haushalte und KMUs zählen wegen ihres geringen Konsums eher zu den lästigen Kunden. Zwar könnten auch sie in einer Anfangsphase von leichten Preisreduktionen profitieren. Aber die Erfahrungen im Ausland zeigen, dass die Tarife rasch wieder anziehen: so im letzten Jahr in Finnland um 25%, in Schweden um 20%, in Grossbritannien um 9,3% und in Deutschland um 8,6%. In Deutschland, Schweden und Grossbritannien zahlen sparsame Kleinbezüger dreimal höhere Tarife wie verschwenderische Grossbezüger. Spitzenreiter ist Norwegen, wo Kleinbezüger exorbitante 54 Rappen pro kWh zahlen müssen,

während Villenbesitzer mit Elektroheizungen zum Dumpingpreis von 11 Rappen/kWh beliefert werden («Energie und Umwelt», 4/2001, S. 9). Zum Vergleich: in der Schweiz zahlen heute die Haushalte 16 bis 18 Rappen/kWh.

## EMG fördert Privatisierungen und Marktmissbrauch

Zwar enthält das EMG keine zwingenden Vorschriften zur Rechtsform der Stromversorger. Faktisch und ideologisch sind Liberalisierung und Privatisierung jedoch siamesische Zwillinge. Der Wechsel vom Versorgungsmonopol zum Markt erzwingt auch Veränderungen bei den handelnden Akteuren. Bezeichnenderweise ist für die nationale Netzgesellschaft eine private AG und keine öffentlich-rechtliche Struktur vorgesehen. Und der Bundesrat schreibt ausdrücklich in seiner Botschaft:

«Wettbewerbsorientiertes Verhalten der Elektrizitätsversorgungsunternehmen kann nur bei genügend Handlungsspielraum der Unternehmen erwartet werden. Unnötige politische Einflussnahmen auf betriebswirtschaftliche Entscheidungen sollten abgebaut werden. Die Verselbständigung öffentlicher Unternehmen könnte eine hilfreiche Strategie sein.» (Botschaft zum EMG S. 7375) Damit ist der Weg frei für Privatisierung und Ausverkauf der Infra-

struktur an einen der sechs oder acht Me-gaplayer auf dem EU-Strommarkt. Was uns als mehr Wettbewerb verkauft wird, endet mit dem Diktat privater Monopole.

## Strahm, Rechsteiner, Sommaruga: Feigenblätter für Economiesuisse

Noch im Dezember 2001 jammerte Economiesuisse-Kampagnenleiter Fredy



Der Zürcher AL-Gemeinderat Niklaus Scherr: erfolgreicher Kampf gegen die Privatisierungen im Energiebereich.



**Ungerecht: Kleine bezahlen mehr für die Stromdurchleitung.**

Müller: «Wir haben im Moment keine Ja-Argumente» So könne man nicht sagen, die Marktöffnung bringe den Haushalten tiefere Strompreise, und das Argument der erhöhten Transparenz interessiere niemanden. ... Wir können keine Führungsrolle übernehmen, wenn das Volk für den Strommarkt keine Begeisterung zeigt.» (BaZ, 5.12.2001). Vom Segen der Deregulierung wagt nach dem Streit über den Poststellen-Abbau, dem Swissair-Grounding, den Black-outs in Kalifornien und dem Enron-Debakel heute kaum einer der neoliberalen Gralshüter mehr laut zu sprechen. Rettung in der Not für die bedrängten Marktfreunde verspricht einzig das SP-Trio Simonetta Sommaruga, Ruedi Rechsteiner und Rudolf Strahm.

### Die Konsumentenschutz-Lüge

Als Konsumentenschützerin lobt Sommaruga Transparenz, Deklarations-

pflicht und Preisregulierung. Aber: angesichts der Vernetzung der Schweiz mit dem europäischen Stromhandel bleibt eine isolierte CH-Deklarationspflicht ohne griffige EU-Massnahmen Augenwischerei; Greenpeace-Präsident Heini Glauser spricht in diesem Zusammenhang von der Schweiz als «Stromwaschinsel Europas» ... Und Sommaruga verschweigt, dass die Verordnung den Netzbetreibern erlaubt, die Konsumenten für bereits amortisierte Netze ein zweites Mal zur Kasse zu bitten – dagegen hat sich Preisüberwacher Marti vergeblich zur Wehr gesetzt. Unterschlagen wird von Sommaruga ferner, dass bloss die Durchleitungspreise einer Kontrolle unterliegen. Kalifornien zeigt aber, dass das entscheidende Spekulations-Risiko bei der Manipulation der Produktionspreise liegt. Auch in der Schweiz sind auf den Spot-Märkten erste Spekulationsblasen erkennbar: im Dezember 2001 stieg der KWh-Höchstpreis (SWEP) kurzfristig auf bis zu 32,8 Rappen/KWh (Jahresdurchschnitt: 4,6 Rappen).

### Die Öko-Illusion

«Die Energieabgaben sind der Eintrittspreis in den Strommarkt», erklärte Ruedi Rechsteiner im Herbst 2000 und drohte bei einem Nein mit dem Referendum gegen das EMG. Jetzt haben er und Ruedi Strahm sich für weniger als ein Linsengericht der Economiesuisse für den Abstimmungskampf angedient. Gesetz und Verordnung sehen für zehn Jahre die Gratisdurchleitung von Öko-Strom vor. Daraus resultiert eine Subvention von maximal 30 bis 40 Millionen Franken (die von der Economiesuisse im September 2000 ab-

geschmettete Förderabgabe hätte 700 Millionen Franken gebracht). Dieser Mini-Fördereffekt verpufft aber wirkungslos angesichts des Mehrverbrauchs als Folge der Marktöffnung. Ohne wirksame politische Lenkungsmaßnahmen – Energiesparziele und vorgeschriebene Einspeisequoten – bleibt Öko-Strom weiterhin ein Nischenprodukt. Beim Stadtzürcher EW, das als Pionier gelten kann, beziehen heute 4% der Haushaltskunden Öko-Strom, auf den insgesamt 0,5% des Stromabsatzes entfallen.

Kein Wort verlieren die selbsternannten Öko-Barone Strahm und Rechsteiner zur diskriminierenden Mehrbelastung der Kleinverbraucher bei den Durchleitungsentschädigungen. Laut SES-Berechnungen müssen sie anderthalb bis doppelt so viel pro KWh zahlen wie Grossbezüger von Bandenergie für Elektroheizungen – eine Ohrfeige für jede Strom-Sparpolitik!

### Gegner ohne Alternative?

Die Befürworter stellen die Liberalisierung als unvermeidliches Naturereignis dar. Und drohen nach einem Nein mit einer chaotischen Marktöffnung über die Wettbewerbskommission (Weko). Sie unterschlagen, dass die Weko nur intervenieren kann, wo der Gesetzgeber Wettbewerb will. Mit einem Nein zum EMG würde aber die heutigen Versorgungsmonopole bestätigt und damit der Weko keine Handhabe gegeben. Auch mit den immer wieder angedrohten Retorsionsmassnahmen der EU ist nicht zu rechnen. Dazu ist die Stromdrehscheibe Schweiz viel zu wichtig. Bezeichnenderweise steht der grösste Schweizer Stromhändler, die Atel, in der Kampagne nur Gewehr bei Fuss.

Weitere Informationen finden sich auf [www.emg-nein-danke.ch](http://www.emg-nein-danke.ch)

Am 19. August organisiert die SGA ein kontradiktorisches Podiumsgespräch zu diesem Thema (s. Veranstaltungen Seite 31).

## Buch



### Ich habe einen Traum

Von Andreas Kuhn

Martin Luther King übersetzte Lebensvisionen in Taten und nicht in Finanzprodukte.

Tief im christlichen Glauben verwurzelt ist er einen Weg gegangen, von dem er nicht immer wusste, ob es der Richtige sei, aber stets mit dem Ziel vor Augen: Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden für alle Menschen. In seiner Biographie lässt Richard Deats uns spüren, dass er King persönlich gekannt hat und seine



Haltung zum gewaltlosen Widerstand gegen Ungerechtigkeiten teilt.

#### Ein Leben für die Menschenwürde

King hat immer daran gearbeitet, dass seine Aktionen zur Beseitigung der Rassentrennung gewaltlos blieben. Wie sollte das gehen, wenn Menschen während Generationen beleidigt, unterdrückt und benachteiligt wurden? Er übte mit ihnen Rollenspiele ein, hielt humorvolle Reden, sagte immer wieder das Gleiche, begann im Kleinen, lebte die Gewaltlosigkeit vor. «Christus lieferte den Geist und die Motivation, Gandhi die Methode.» Als Prediger aus einer religiösen Familie war King tief verwurzelt im Glauben, dass Gott das amerikanische Volk nicht vergessen hatte. Er wollte die Schwarzen von der Unterdrückung befreien und die Weissen von ihrer Schuld.

Was ihm und seinen MitstreiterInnen gelang, ist viel. Aber er wurde vor Ende seiner Mission ermordet.

#### Sanfte Revolution

Was King anstrebte, war eine «Revolution der Werte, die den wissenschaftlichen Fortschritt und die weltweiten Freiheitskämpfe begleitet». Der Kalte Krieg hatte die USA von dieser überfälligen «Revolution» abgehalten. Sowohl der traditionelle Kapitalismus wie der materialistische Kommunismus hatten sich der Welt als Antwort auf ihre Probleme angepriesen; beide teilten die Welt in Feinde oder Verbündete, während endloses Wettstreiten und ideologische Auseinandersetzungen sie davon abhielten, die eigentlichen Nöte der Menschheit anzugehen. Beide Ideologien boten, so King, nur Teillösungen an: Der Kapitalismus überbetont das Individuum und das Profitstreben und führt schliesslich zu einem mörderischen Konkurrenzdenken und einem zügellosen Materialismus, der einigen Wenigen grossen Luxus erlaubt, während die Kluft zwischen Arm und Reich immer breiter wird. Der Kommunismus stand ganz im Zeichen des Kollektivismus, der das Individuum seiner Freiheit beraubte und den Staat vergötzte. Individualismus und Kollektivismus seien nur halbe Wahrheiten: «Der Kapitalismus verkennt, dass das Leben sozialer Natur ist, während der Kommunismus seinen individuellen Charakter verkennt. Was wir brauchen, ist eine Demokratie, die sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst ist und die Wahrheiten von Individualismus und Kollektivismus miteinander in Einklang bringt. Dazu bedarf es eines unablässigen Kampfes gegen Rassismus,

Materialismus und Militarismus sowie eines mutigen Einsatzes für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, und zwar nicht für uns allein, sondern für die gesamte Menschheitsfamilie», das «Welthaus». Er war überzeugt, dass man eines Tages dieses hohe Ziel erreichen werde. Doch dauere der hartnäckige Status quo so lange an, bis «wir alle einander als Brüder und Schwestern die Hände reichen».

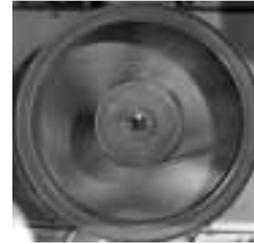
Das Ziel, auf das wir zugehen müssen, ist nach Kings Worten die «eine Menschheitsfamilie». In seinem letzten Buch, «Where Do We Go From Here? Chaos or Community?», nennt er die Liebe den «einzigen Schlüssel, der die Tür zur letzten Wirklichkeit öffnet». Sie ist nach Ansicht Kings «jene Kraft, die allen grossen Religionen als Prinzip höchsten Einheitsstrebens innewohnt»: dem hinduistischen, islamischen, christlichen, jüdischen und buddhistischen Glauben.

#### Ein packendes Buch

Wie gemütlich ist es doch, sich in den weichen Sessel zu lehnen und ein Buch zu lesen über einen Mann, der viel erreicht hat. Solche Bücher füllen Bibliotheken. Wenn ich die Zeit lese, wenn ich es über mich bringe, die blutigen Nachrichten am Radio zu hören, spätestens dann wird mir bewusst, dass die Arbeit noch nicht getan ist. Die Geschichte ist eine gute Lehrerin, wir sind schlechte Schüler. Die Zeit ist reif für einen neuen Martin Luther King. Wenn er nicht kommt, bleibt die Arbeit bei uns. Aus vielen kleinen Schritten wird ein langer Weg. Welches ist mein nächster Schritt? ■

*Buch: Richard Deats: Martin Luther King, Traum und Tat. Verlag Neue Stadt, 2001.*

## Kino



### Zuger Open-Air

Von Thomas Ulrich

#### Meine Open-Air-Favoriten

Wieder gibt es eine Menge Vorpremierer am Open-Air zu sehen, darunter etwa Roman Polanskis Goldene Palme von Cannes: «The Pianist».

Ich habe leider noch keinen der elf Vorpremierer gesehen. Meine Eltern waren da glücklicher und kamen schon in den Genuss des neuen Films von Pedro Almodovar «Hable Con Ella» – seither kommen sie nicht mehr aus dem Schwärmen.

«About A Boy» ist den Kritiken aus den USA und Grossbritannien zu Folge eine glückliche Verfilmung des gleichnamigen Nick Hornby-Bestsellers mit Hugh Grant in der Hauptrolle.

«Insomnia» mit Al Pacino und Robin Williams wird einen spannenden Abend garantieren. Übrigens hat bei diesem Film eine Zugerin im «Art Direction»-Team mitgearbeitet.

«Bend It Like Beckham» wird auch auf der Piazza Grande in Locarno gespielt und gilt schon jetzt als Favorit für den Publikumspreis. Eine weitere Komödie ist «The Importance of Being Earnest». Oliver Parker, der bereits mit «An Ideal Husband» ein Stück von Oscar Wilde grossartig auf die Leinwand gebracht hat, liefert gleich noch eines nach. Natürlich wieder mit einem sensationellen Casting: Rupert Everett, Colin Firth, Judie Dench, Tom Wilkinson und und und ...

Unter den bereits gespielten Filmen darf man auf keinen Fall «The Insider» von Micha-



el Mann, mit Russell Crowe und Al Pacino verpassen. Zwar war der Film damals für sieben Oscars nominiert, wurde aber zum Riesenflop. Kaum ein Dutzend BULLETIN-LeserInnen dürften diesen Streifen damals im Kino gesehen haben. Trotzdem – der Film ist so gut, dass wir ihn einfach im Programm haben mussten. Für mich Russell Crowes beste Leistung (und ja, ich habe «L.A. Confidential» gesehen). Michael Mann führt souverän durch diese wahre Geschichte, Al Pacino ist eh gut und die Kamera von Dante Spinotti ist der Höhepunkt. Ebenfalls auf keinen Fall verpassen darf man «Monster's Ball» und «The Pledge». Auch bei diesen Filmen gibt es bekanntlich Verbindungen in die Schweiz. Marc Forster, der Regisseur von «Monster's Ball» hat im Montana – schon wieder Zug! – die Matura gemacht und «The Pledge» ist die Verfilmung eines Dürrenmatt-Buches. Geniessen Sie die Sommerabende im Open-Air-Kino!

**Programm Open-Air-Kino Zug (beim Hafen): 17. Juli bis 18. August 2002**

*Die Vorführungen beginnen mit dem Eindunkeln und finden bei jeder Witterung statt.*

- MI 17.7.**  
CH-Vorpremiere: My Big Fat Greek Wedding - OV/d/f
- DO 18.7.**  
Bridget Jones's Diary - E/d/f
- FR 19.7.**  
Monster's Ball - E/d/f
- SA 20.7.**  
Ocean's 11 - E/d/f
- SO 21.7.**  
Moulin Rouge - E/d/f

- MO 22.7.**  
The Pledge - E/d/f  
DI 23.7.
- Amélie de Montmartre - F/d**
- MI 24.7.**  
L'Ultimo Bacio - I/d/f
- DO 25.7.**  
Elling - OV/d/f
- FR 26.7.**  
Ernstfall in Havanna - OV/d/f
- SA 27.7.**  
Lilo & Stitch - D
- SO 28.7.**  
Unfaithful - E/d/f
- MO 29.7.**  
Das Geheimnis der Zugvögel - Dialekt
- DI 30.7.**  
A Beautiful Mind - E/d/f
- MI 31.7.**  
CH-Vorpremiere: Mr. Deeds - Deutsch gesprochen
- DO 1.8.**  
Geschlossen
- FR 2.8.**  
Harry Potter - D
- SA 3.8.**  
CH-Vorpremiere: Birthday Girl - E/d/f
- SO 4.8.**  
Italian for Beginners - OV/d/f
- MO 5.8.**  
I Am Sam - E/d/f
- DI 6.8.**  
The Insider - E/d/f
- MI 7.8.**  
8 Femmes - F/d
- DO 8.8.**  
Mondscheintarif - D
- FR 9.8.**  
Lord of the Rings - E/d/f
- SA 10.8.**  
Out of Africa - E/d/f
- SO 11.8.**  
CH-Vorpremiere: The Importance of Being Earnest - E/d/f
- MO 12.8.**  
CH-Vorpremiere: About A Boy - E/d/f

- DI 13.8.**  
CH-Vorpremiere: Crush - E/d/f
- MI 14.8.**  
CH-Vorpremiere: Hable Con Ella - Sp/d/f
- DO 15.8.**  
CH-Vorpremiere: Bend It Like Beckham - E/d/f
- FR 16.8.**  
CH-Vorpremiere: Insomnia - E/d/f
- SA 17.8.**  
CH-Vorpremiere: Black Hawk Down - E/d/f
- SO 18.8.**  
CH-Vorpremiere: The Pianist - E/d/f

**Ticketpreis:** 15 Fr., mit UBS-Generation- od. Campus-Karte 12 Fr.

**Vorverkauf:** Foto Optik Grau, am Bundesplatz, Zug. Ticketreservation nicht möglich!

**Info-Telefon:** 041 / 726 10 01 (Kino Seehof) 9-12, sowie ab 14 Uhr.

**Abendkasse:** beim Open-Air -ino ab 19.00 Uhr.

**Open-Air-Restoration:** Beat Zürcher (Restaurations AG Kulinarica Zugersee) ab 19.00 Uhr.

**Sponsoren:** UBS, Neue Zuger Zeitung, Radio Sunshine. ■

Wenig Interesse am jährlichen **Medienlunch des Zuger Regierungsrates**. Radio Sunshine und Neue ZZ meldeten sich erst nach zweifacher Mahnung an, die Zuger Presse zeigte die kalte Schulter, rechtzeitig angemeldet hatten sich nur NZZ, SDA und Radio Central. Zur Strafe wurde das Mittagessen auf dem Schiff gestrichen und die Journi-Schar in der Zuger Burg eingekerkert, wo statt zwangloses Plaudern mit der hohen Regierung eine Medienorientierung zur 650-Jahr-Feier angesagt war.

Schlussfolgerung des untriebigen Landschreibers: «Die Ausgestaltung des Medienlunches wird auf das nächste Jahr hin grundsätzlich überdacht».

Die Zusammensetzung der Zuger Regierung grundsätzlich überdenken kann das Zuger Wahlvolk im Herbst.

Geld statt Geist. Das ist das Motto der Inseratekampagne der **SVP**, für die **Kleinblocher Durrer** tief in die Tasche langt. Beispiel gefällig: «Die SVP fordert: gebt dem Staat weniger Geld. Geld, das wir dem Staat geben, ist unproduktives Geld.» Finden wir gut. Dann kann er im Kanton Zug nicht für 1 Milliarde neue Strassen bauen.

Ist ja sowieso schwierig, wenn für das Strassenland über 1000 Franken pro Quadratmeter bezahlt werden müssen. So geschehen nach Berechnungen des zuständigen BULLETIN-Redaktors beim Radweg Zug-Baar. Beim **SVP-Baudirektor** sind die SVP-Inserate also noch

**Fortsetzung auf Seite 30 ...**

... Fortsetzung von Seite 29

nicht in politisch Unterbewusste diffundiert.

Auch bei anderen nicht: «Für die SVP steht der Umstand im Vordergrund, dass der Staat für das Wohl der Bürger einzustehen hat.» O-Ton **Heinz Tännler** im Kantonsrat vom 23. Mai. Da muss wohl Blocher nochmals nachschulen: «Selbstverantwortung, Selbstverantwortung, Selbstverantwortung». Und kein Staat. Ausser fürs Militär und die Bauern. Ersteres, um die Reichen zu schützen, Letzteres, um gewählt zu werden.

Aber **Heinz Tännler** ist eben clever. Hat gemerkt, dass es in Steinhausen fast keine Bauern mehr hat. Braucht ein «mü» differenzierteres Argumentieren als **Kleinblocher** in Walchwil. Will schliesslich Gemeindegemini werden. Kantonsrat sowieso. Und vielleicht Regierungsrat. Um Bundesrat zu werden, kommt er aber nicht am Nationalrat vorbei. Das freut **Marcel Scherer**. Die SVP ist ja für Wettbewerb.

Ach ja, Scherer. Der **Scherer Marcel**, der Randständige,

geographisch zumindest-jaaaanz weit draussen in der Reuseebene. Schon fast Zürcher oder Aargauer. Und ein Gmerkiger. «Die Flüchtlingszahl ist wieder im Steigen begriffen, ohne dass das Volk dies bemerken würde.» ZP vom 9. April. Wenn es schon niemand merkt, muss man es halt in Inseraten wieder einhämmern, damit es wenigstens jemanden stört.

Nicht stören tun Scherer all die Kurzsaisoniers aus dem Ostblock, die znsere Erdbeeren ablesen, Kartoffeln ausgraben und alles was der Boden so produziert in verarbeitbare Form bringen. Es stört ihn wahrscheinlich auch kaum, dass diese Menschen oft schwarz und für Hungerlöhne arbeiten. Geht ja schliesslich um ein anständiges Einkommen für die SVP-Klientel.

Noch ein Gmerkiger: «Zug ist sehr eng und klein. Wichtigen Geschäftsbesuch kann man dort gerade mal in zwei oder drei Restaurants ausführen – dort hat es viele Ohren, die mithören.» So be-

gründete **Antonio Cometti** den Wegzug seiner Rohstoffhandelsfirma kürzlich in der Neuen ZZ.

Vielleicht hätter er es so halten sollen wie **alt Bundesrat Otto Stich**, welcher Einladungen zu «Business Lunches» mit der Begründung ablehnte: «Wenn ich esse, dann esse ich – wenn ich arbeite, dann arbeite ich.»

Viel von Bildungspolitik versteht **Toni Kleimann**, der Mann neben Uster. Weniger vom Pedalo fahren. So kommts, dass Kleimann am grossen Sponsoring-Event vom 24. August in der Küche steht, statt sich für teures SponsorInnengeld abzumühen «Dafür bin ich zu kurzatmig». Hoffentlich nur auf der Lunge.

Langen Atem braucht im Moment die Zürichs Oberpolitizistin **Esther Maurer (SP)**. Und musste zudem auf Sicherheitsdirektor Uster verzichten: der schickte eine Absage für das Internationale Polizeimusikfestival in Zürich und liess sich statt-

dessen vom Zuger Landamman an den nationalen Tag der Flüchtlingshilfe aufs Rütli delegieren.

Ins politische Abseits delegiert hat sich FDP-Ständerat **Rolf Schweiger**. Falls es denn die Mehrheit von Mieterinnen und Mieter realisiert, was der Interessensvertreter der Hauseigentümer in Bern vertreten hat: Zusätzlich zur voll überwältzten Teuerung alle 5 Jahre würde ein ortsüblicher Mietzinsanstieg von bis zu 15% erlaubt. Da sah sogar Parteikollege **Pascal Couchepin** rot und qualifizierte dieses Ansinnen als abwegig.

Gar nicht abwegig ist die Idee der **Zürcher SVP**. Diese fordert Ihre Basis auf, in Zukunft mit dem in Bassersdorf angesiedelten Kommunikationsunternehmen «Profitel» zu telefonieren – dann fliesen 10% des so generierten Umsatzes in die Parteikasse der Zürcher SVP. Schade, dass keine SolidariTEL existiert – dann könnten wir Alternativen auch den Provider wechseln. ■



Bush erklärt dem Papst (oder dem Dalai Lama) die neue Umweltpolitik der US-Regierung. Neustens wird die von Menschen verursachte Klimaveränderung nämlich nicht mehr bestritten. Bushs Rezept: keine Gegenmassnahmen ergreifen, sich «dem Unvermeidlichen anpassen» (Neue ZZ vom 15.6.2002).



Seit der Papst unter physischer Schwerehörigkeit leidet, haben sie bei seiner Privatkapelle noch ein kleines Hörgerät für den Kontakt mit «dem da oben» installiert.



Das Allerneuste aus der Mobilfunkbranche – aus den Augen, aus dem Sinn (Kommunikation 4/2002).

## Veranstaltungen



### Veranstaltungskalender

#### **DO, 4. Juli: Nomination der SGA-KandidatInnen für GGR / KR und SGA-Monatsbar**

In der ZALT-Cafeteria, Zug (vis-à-vis EPA). Bar und Nachtessen ab 18.30; Nomination, 20.00.

#### **MI, 14. bis SA, 17. August: Waldstock – Open-Air**

In Steinhausen, nähere Angaben mit Kinoprogramm unter [www.waldstock.ch](http://www.waldstock.ch).

#### **MO, 19. August: SGA-Mitgliederversammlung**

In Zug (Ort wird im Amtsblatt publiziert). Öffentliches Podiumsgespräch zur Abstimmung über das Elektrizitätsmarktgesetz mit Hajo Leutenegger (FDP-Nationalrat, Pro) und Niklaus Scherr (AL-Gemeinderat Zürich, Kontra). Anschliessend Parolenfassung zu den Abstimmungsthemen vom 22. September (Solidaritätsstiftung, Goldinitiative, Ladenöffnungszeiten).

#### **DI, 20. August: öffentlicher Höck Freie Wähler Menzingen**

Rest. Edlibacherhof, 20.00.

#### **DO, 22. Aug.: Jazznight**

In der Zuger Altstadt.

#### **SA, 24. August: In Bewegung für Zug – Sponsoring-Event für den SGA-Wahlkampf!**

In Zug, am See (unterhalb Regierungsgebäude). Fest: 16.00-24.00 (Bar, Grill, Vegi); Laufen: 16.30 - 17.10; Pedalo: 17.20 - 18.00, Inline-Skating: 18.10 - 18.50. Infos: Gerlinde Künzle, Tel.

041 781 09 51; [gerlinde\\_kuenzle@bluewin.ch](mailto:gerlinde_kuenzle@bluewin.ch).

Es werden noch HelferInnen für die Festwirtschaft gesucht!

#### **Jeden DO, ab 29. August bis 30. Oktober: Wahl-Bar**

Ab 19.30, in der ZALT-Cafeteria, Zug (vis-à-vis EPA), mit Getränken und Snacks.

#### **SA, 31. August: Aktionstag Ladenöffnungszeiten**

Zum Referendum gegen unsoziale Ladenöffnungszeiten in verschiedenen Gemeinden.

#### **SA, 7. September: Open-Air**

Ab 17.00 Uhr, Schützenmatt Menzingen.

#### **SO, 6. Oktober: Wahlen Gemeinden**

#### **SO, 27. Oktober: Wahlen Kanton**

#### **MI, 17. Juli, bis So, 18. August: Open-Air-Kino Zug beim Hafen**

Programm s. Seite 29.

#### **Seminarreihe der GSoA Schweiz in Basel:**

FR, 23. und SA, 24. August: Imperialismus und Patriarchat – FR, 27. und SA, 28. September: Repression und Migration.

Infos/Anmeldung: GSoA, Postfach 330, 4127 Birsfelden, Tel. 061 373 92 59, E-Mail: [basel@gsoa.ch](mailto:basel@gsoa.ch),

## Integrationsnetz Zug



### Projektserie 2002

**DI, 6. bis SO, 11. August.** Rössliwiese Zug, 12.00-22.00

Plakatatelier: Weltformat-Plakate gegen Vorurteile und Rassismus malen. Verpflegung für Teilnehmende offeriert. Bei Regen im Zelt. Mit Begleitprogramm. Finissage am 11. August.

#### **DI, 6. August.**

Rössliwiese Zug, 18.00  
Vernissage der Ansichtskarten zum gleichen Thema.

#### **MI, 28. August.**

19.30 Uhr, Stadt- und Kantonsbibliothek Zug  
Podiumsdiskussion mit Yilmaz Aslan (türk.-islam. Verein Kt. Zug), Amira Hafner-Al Jabaji (Journalistin, Islamkennerin, Grenchen), Senada Hanke (Kleinkindererzieherin, Muslima, Oberwil), Brigitte Profos (Vorsteherin Direktion des Innern, Präsidentin Integrationskommission Zug); Werner Schatz (Islam-Beauftragter der ev.-ref. Kirchgemeinden beider Basel), Samir Shafy (Interreligiöse Arbeitsgemeinschaft Schweiz, Solothurn), Alfred Weber (ev.-ref. Religionslehrer und Theologe Zug/Zürich). Leitung: Gisela Hürlimann, Integrationsnetz Zug.  
Veranstaltet als Baustelle Heimat Nr. 5 im Rahmen der Sonderausstellung «Ihr Zug bitte» durch das Integrationsnetz Zug.

Kontakt und Infos:  
Integrationsnetz Zug  
Postfach 2325, 6302 Zug  
[info@integrationsnetz.org](mailto:info@integrationsnetz.org)

## Impressum



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

Bulletin Nr. 2, Juni 2002, erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:  
Verein DAS BULLETIN  
Adresse: BULLETIN des alternativen Zug, Postfach 4805, 6304 Zug, E-Mail: [mstuber@tic.ch](mailto:mstuber@tic.ch)

Redaktion: Natalie Chiodi, Gisela Hürlimann, Gerhard Schmid, Martin Stuber, Thomas Ulrich, Elisabeth Höfliger

Produktion: Stefan Gisler  
Gestaltungskonzept: Urs Bachmann

Belichtung und Druck: ropress, Zürich

Gedruckt auf Cyclus Print, hergestellt aus 100% entfärbtem Altpapier.

Auflage: 1400 Ex.

Abonnement: Fr. 20.-  
KleinverdienerInnen Fr. 10.-  
Unterstützungsabo: Fr. 50.-  
Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.-  
Einzahlungen auf:  
Verein DAS BULLETIN, 6304 Zug, PC 60-30584-6

Nr. 3/2002. Redaktionsschluss: Freitag, 6. September 2002; Erscheinungsdatum: Donnerstag, 19. September 2002

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter [www.sga-zug.ch/bulletin](http://www.sga-zug.ch/bulletin)

# AZB 6304 Zug

Adressberichtigungen melden: SGA, Postfach 4805, 6304 Zug

--